Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich M. 2.10, monatlich 70 Pf. durch die Post bezogen jährlich und 14 Pf monatlich. Bestellgeld bei Abholung v. d. Exped. M 2.40 bezw. 80 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentlich, nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100 Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf. für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr. 25 Pf. Die Quittung für die laufende Vierteljahr bezw. Monat wird von Bezahlung auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwierigerer Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Hinzugebühr und Vorausbezahlung extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 35. Dienstag, den 11. Februar 1919 159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.:

Bestellung zum Kreissyndikus.
Festsetzung der Wochenfettmenge.

Tageschronik

Die Verteilung der Ämter.
Bremerhaven kampflos besetzt.
Ein Kabinettsstück polnischer Verdrehungskunst.
Deutschland soll bedingungslos bereuen!
Was die Entente uns liefern will.
Englische Greuel.
Die Antwort der Bolschewisten.

Vor und hinter den Kulissen.

Von unserem Sonder-Berichterstatter in Weimar.

Auch am Sonnabend trat die Sitzung der Nationalversammlung selbst in den Hintergrund, wichtiger waren die Besprechungen der Parteien, die sich lange bis nach 3 Uhr hinzogen und sich hauptsächlich um die Frage drehten, wie das künftige Ministerium gestaltet werden soll, und wer Präsident der Republik Deutschland werden solle. Alle Kombinationen, die auftauchen, bewegten sich um den Gedanken, daß man wohl Ebert vorläufig zum Präsidenten der Republik machen müsse, während Scheidemann mit der Bildung des Ministeriums beauftragt werden soll. Am Sonnabend verhandelte man vor allem darüber, wie dieses Ministerium zusammengesetzt sein sollte, und es scheint eine Einigung dahin erzielt worden zu sein, daß man den Demokraten den Vizekanzlerposten überlassen will, während andere Posten gleichmäßig von Mitgliedern der Mehrheitssozialisten, der Demokraten und des Zentrums besetzt werden sollen. Man ist auch nicht abgeneigt, den Deutschnationalen untergeordnete Posten im Ministerium anzubieten. Freilich haben diese bisher jede Beteiligung an einem solchen Koalitionskabinett abgelehnt. Die Tage Dr. Davids als Präsidenten der deutschen Nationalversammlung scheinen außerdem gezählt zu sein, da man alle führenden Posten nicht mit Mehrheitssozialisten besetzt sehen möchte, und Fehrenbach rückt als Präsident der Nationalversammlung wieder in den Vordergrund. Mit der Wahl des Präsidenten der deutschen Republik ist wohl am Dienstag, vielleicht auch erst am Mittwoch zu rechnen. Bis dahin kann man an positive Arbeit der Nationalversammlung auch nicht denken.

Die Sitzung am Sonnabend beschäftigte sich lediglich mit dem provisorischen Verfassungsentwurf, der vom Unterstaatssekretär Preuß in großer Breite vorgetragen und begründet wurde, teilweise unter heftigem Widerspruch des Hauses. Schon nach einer Stunde konnte sich die Versammlung vertagen. Wortmeldungen lagen nicht vor, und erst am Montag wird die Debatte über den Entwurf einsetzen. Man beabsichtigt dann den Entwurf gleich in drei Lesungen zu erledigen.

Die Unabhängigen, die auch in Weimar eifrige Tätigkeit zeigen, sich hier aber in der Enge nicht ganz wohl fühlen, haben einen Antrag vorbereitet, die Nationalversammlung nach Berlin zu verlegen. Ob der Antrag inzwischen eingebracht worden ist, war nicht zu erfahren. Jedenfalls wird er fürs erste keine Annahme finden, obwohl auch andere Parteien dazu neigen, lieber in Berlin als in dem beschedenen, langweiligen Weimar zu beraten. Inzwischen haben sich, trotz der gründlichen Vorbereitungen, doch auch erhebliche Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten ergeben, die die Arbeiten der Nationalversammlung erheblich beeinflussen können. Und es wäre erklärlich, wenn ein späterer Vorstoß in der Richtung des Ortswechsels die Zustimmung des ganzen Hauses und nicht minder der Regierung finden würde.

Der Zustrom von Fremden nach Weimar nimmt ständig zu. Doch müssen sie die Stadt bald wieder verlassen, da sie auf den Straßen nicht herbergen können und die Gasthäuser überfüllt sind. Die Zuschauertribüne war bisher stets bis auf den letzten Platz besetzt und das Weimarer Theater könnte einem [illegible] Parlamentarier und Politiker fast den Reichstag vorzuziehen, wenn nicht der Blumenflor um das Präsidium und den Rednertisch erweisen würden, daß man sich ein künstliches Parlament geschaffen hat. In den Wandelgängen herrscht stets reges Leben. Und was man früher in den letzten Tagen des Reichstags seligen Angedenkens nicht beobachten konnte: die Mitglieder der Parteien nähern sich freundschaftlich untereinander, jene Spannung, die man bis auf Hauen und Stechen zwischen allen Parteien in den Oktobertagen 1918 gedeihen sah, hat dem Willen aller zur gemeinsamen Arbeit und zum Verstehen Platz gemacht. Freilich ist man selbst in den Reihen der Abgeordneten wenig erfreut über die bisherige Tätigkeit, und man tröstet sich damit, daß nunmehr die Woche der Arbeit beginnen werde.

Hierzu wird noch von anderer Seite folgendes gemeldet:

Die Verteilung der übrigen Ministersitze ist etwa wie folgt gedacht: Die Sozialdemokraten werden außer dem Vorsitzenden das neue Landesverteidigungsministerium (Heer und Marine, das Reichsmarineamt hört zu existieren auf) besetzen, natürlich mit Noske, ferner das Reichsarbeitsamt aller Voraussicht nach mit dem gegenwärtigen Staatssekretär Bauer, das Reichswirtschaftsamt vermutlich wieder mit dem gegenwärtigen Staatssekretär Dr. Müller, das Reichsernährungsamt, in dem trotz seiner Zugehörigkeit zu den „Unabhängigen" voraussichtlich Staatssekretär Wurm verbleiben wird, und endlich das Demobilmachungsamt, aus dem, wie man annimmt, Staatssekretär Köth ausscheiden soll, um Herrn Wissell Platz zu machen. Außerdem fällt den Sozialdemokraten ein Ministeramt ohne Portefeuille zu, für das der bisherige Volksbeauftragte Landsberg in erster Linie in Frage kommt. Die Demokraten erhalten außer dem Vizepräsidenten, für den anscheinend Payer in Betracht kommt, das Reichsamt des Innern (Dr. Preuß) und das neue, für reine Finanzfragen vorgesehene Reichsfinanzministerium (Schiffer), sowie einen Ministersitz ohne Portefeuille, für den bisher Friedrich Naumann genannt wird.

Das Zentrum endlich beansprucht die Besetzung des Reichsjustizamts (Rechtsanwalt Bell-Essen), das Reichsfinanzamt, um das sich Erzberger bemüht, das Reichsschatzamt (Müller-Fulda) und endlich das Reichspostamt (voraussichtlich Giesberts oder Stegerwald). Das Auswärtige Amt und das ganze diplomatische Ressort wird vermutlich „neutralisiert" werden, d. h. von der Besetzung nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausscheiden. Sollte von diesem Grundsatz abgegangen werden, so würde auch dieses Amt den Demokraten zufallen, die aber dann als ihren Vertrauensmann den Grafen Brockdorff-Rantzau präsentieren würden, der auf alle Fälle Leiter der auswärtigen Politik bleiben soll.

Die Fraktionen geben sich alle Mühe, dem künftigen Reichspräsidenten eine Zwangsjacke zurechtzuschneiden, die er nach seiner Wahl anziehen muß. Nicht er soll also die Minister ernennen, er soll vielmehr die Liste unbesehen annehmen, die ihm von den Fraktionen zur Unterzeichnung vorgelegt wird. Die Fraktionen selbst aber scheinen es wieder für überflüssig zu halten, die Auswahl der kommenden Männer nach ihrer Befähigung vorzunehmen. Sie ziehen es vor, ohne Rücksicht auf die persönlichen Qualitäten politisch einflußreiche Leute auf die Ministersitze zu setzen und es dann ihnen zu überlassen, wie sie damit fertig werden. Sehr vertrauensvoll sind diese ersten Anfänge der parlamentarischen Staatsform nicht gerade. Sie sind auch abwechslungsreich sicherlich nur für die Nächstbeteiligten. Wer den Dingen ferner steht und das ewige Hin und Her, das Wechseln von Stunde zu Stunde an den besorgten Gesichtern erblickt, kann das peinliche Gefühl nicht ganz unterdrücken, daß es in Deutschland vielleicht doch noch im Augenblick einige wichtigere Dinge zu tun gibt, als Staatsämter zu besetzen. Ein Vorsicht des Zentrums mutet zwäckst recht geschickt an, nämlich den Grafen Posadowsky mit der Würde des Reichspräsidenten zu betrauen. Sicher ist im Augenblick nur soviel, daß noch gar nichts feststeht, als unwerbindliche Listen, von denen wir oben eine wiedergegeben haben, daß vielmehr alles von den Verhandlungen der nächsten Tage abhängen wird.

Vorberatung der Reichsverfassung in Weimar.

Am Sonnabend trat die Nationalversammlung in die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die provisorische Reichsgewalt ein. Staatssekretär Dr. Preuß führte u. a. aus: Die Forderung der Einheit ist die Forderung der ganzen Nation. Darin spiegeln sich auch die Aufgaben wieder, die die Verfassunggebende Nationalversammlung hier zu lösen hat. Wir halten in diesem Sinne an der Hoffnung fest, daß es nach diesem Sturz einen Aufstieg geben wird und geben muß. Dessen Grundlagen sollen wir hier schaffen. Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher Einheit betonen und Stärke. Seine staatsrechtliche Organisation nur ist zusammengebrochen. Diese bedarf der Erneuerung. Was das [illegible] Vaterlandes ist, das ist, so schnell wie möglich

eine rechtliche Ordnung

zu gründen, die durch die Sanktion dieser souveränen Versammlung die Organisation darstellt, die im innern Deutschland eine sanktionierte Gewalt ausüben kann und die dem Auslande gegenüber über jeden Zweifel erhaben ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Aus der Erkenntnis heraus, daß der Abschluß dieses Werkes zur Eile mahnt, ist der Entwurf der Festlegung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen. Von ihm gilt im besonderen Maße das, was ich eben angeführt habe. Um auch nur diesen Entwurf schnell zustande zu bringen, auf der Linie des geringsten Widerstandes, mußten Verhandlungen geführt und Kompromisse geschlossen werden. Dieser Entwurf ist ein Kompromißentwurf. Die erfahrenen Politiker haben es ihm mit Leichtigkeit angesehen. Er kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Gerade die weitreichendsten, schwierigsten Fragen, besonders die der Kompetenz zwischen Reich und Einzelstaaten und gewisse andere Kompetenzfragen mußten hier von vornherein ausgeschaltet werden, denn gerade über sie wäre nicht schnell genug eine Einigung zu erzielen gewesen. Auch sonst läßt zweifellos der Entwurf in dem, was er bietet, viel zu wünschen übrig. Aber die Entschuldigung nicht nur, auch die Rechtfertigung dafür war die dringendste Notwendigkeit, sofort beim Zusammentreten der Nationalversammlung den Entwurf vorlegen zu können, und zwar einen Entwurf, von dem man sich vorher versichert hatte, daß er bei der weit überwiegenden Mehrheit der bisherigen Einzelstaaten keinen entschiedenen Widerspruch erfahren würde. Die Nationalversammlung als Vertreterin des souveränen Volkes ist souverän. Einem dringenden Verlangen der Einzelstaaten entsprechend ist dem Staatenausschuß die Gelegenheit gegeben worden, zum Verfassungsentwurf vorher Stellung zu nehmen, aber über die Verfassung entscheidet die Nationalversammlung endgültig mit der einzigen Ausnahme des § 4, wonach der Gebietszustand der Freistaaten nur mit deren Zustimmung abgeändert werden kann. Hier wird eine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorgesehen, also eine

Uebereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenausschuß.

Redner erörtert dann die Unterschiede zwischen Bundesrat und Staatenausschuß. Er führt dabei aus, daß durch das Abgehen vom bisherigen Bundesratssystem eine wahre Verantwortlichkeit des Reichsministeriums gegenüber der Nationalversammlung wenn nicht ermöglicht, so doch erleichtert werde. Selbstverständlich seien Kriegserklärung und Friedensschluß nicht dem Präsidenten vorbehalten, sondern auf den Weg der Reichsgesetzgebung verwiesen. Auf dem Gebiete der internationalen Verträge werde das bisherige Recht einstweilen aufrecht erhalten mit dem Hinweise, daß in Bezug auf den Völkerbund alle Verträge der parlamentarischen Zustimmung bedürfen sollen und damit mit dem System der Geheimverträge gebrochen wird. Daß an der Spitze des Reichsministeriums ein Ministerpräsident stehen soll, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Den alten ehrwürdigen Namen für das leitende Amt, den Titel Reichskanzler, haben wir zwar in diesen provisorischen Gesetzentwurf nicht eingestellt, vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß er zu historisch schwer sei, um in einem vorläufigen Entwurfe aufgenommen zu werden. Sollte es der Wunsch der Versammlung sein, etwas derartiges schon jetzt einzuführen, so stehen dem grundsätzliche Bedenken keineswegs entgegen. Jedenfalls grundsätzliche Bedenken keineswegs entgegen.

Da Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung heute, Montag.

Sieben Ausschüsse.

In der Nationalversammlung sind 7 Ausschüsse gebildet worden: 1. Haushaltungsausschuß 28 Mitglieder, 2. Wahlprüfungsausschuß 14 Mitglieder, 3. Geschäftsordnungsausschuß 21 Mitglieder, 4. Wirtschaftsausschuß 28 Mitglieder, 5. Sozialer Ausschuß 28 Mitglieder, 6. Rechnungsausschuß 14 Mitglieder, 7. Petitionsausschuß 28 Mitglieder.

Die Sicherheit der Nationalversammlung.

Im Volkshause zu Weimar fand eine von den U. S. P. Ortsgruppe Weimar einberufene Volksversammlung statt, in der gegen die Abhaltung der Nationalversammlung in scharfer Weise Stellung genommen wurde. Als Hauptredner sprach der stark spartakistisch angehauchte Leipziger Unabhängige Lindemann. Er sagte u. a.: Die sogenannte sozialistische Regierung besitze nichts vom wahren Sozialismus. Die Leute, die jetzt im neuen Deutschland zu bestimmen hätten und die in der Demokratie die einzige Rettung sähen, während sie vor dem Kriege gegen sie gewesen seien, müßten mit allen Mitteln bekämpft werden, wenn es sein müsse, auch mit Gewalt. Die Entscheidung stehe vor der Tür. Es müsse unbedingt verhindert werden, daß die auf dem Marsche befindliche Reaktion das Proletariat um die Früchte der Revolution bringe.

Militärische Störungsversuche?

Deutlich tritt zutage, daß der Zusammentritt des Großen Soldatenrates des 11. A.-R. und des 15. A.-R. in Eisenach in seiner oppositionellen und aufsässigen Haltung gegen die Reichsregierung eine militärische Störung der Natio-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190211-10/fragment/page=0001

halversammlung beabsichtigt. Dafür spricht schon vor allem die Besetzung des Eisenacher Telegraphenamts, dann weiter die Wahl des unabhängigen Garnisonortes Eisenach zum Kongreßort, obschon beide Armeekorps im Regierungsbezirk Kassel ihr Generalkommando haben. Endlich erhellt die Störungsabsicht aus den Truppentransporten von Eisenach und Kassel nach Weimar, trotzdem ein Telegramm des Volksbeauftragten Noske keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß diesen beiden Truppensendungen gegebenenfalls mit Gewalt entgegengetreten würde. Daß es nicht zu einem blutigen Zusammenstoß kam, lag in der kurz vor Weimar aufdämmernden Erkenntnis der oppositionellen thüringischen Truppen, gegen die vorzüglich organisierten und vorzüglich disziplinierten Regierungstruppen auch der Zahl nach nicht aufkommen zu können.

Das Zentrum und die Trennung von Staat und Kirche.

Das Zentrum hat der „Voss. Ztg." zufolge bereits bestimmte Forderungen für die endgültige Verfassung angemeldet, so z. B. daß die Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen werden müßte.

Wann wird die preußische Nationalversammlung einberufen?

Die preußische Regierung beabsichtigt, die Nationalversammlung für Preußen Anfang März nach Berlin einzuberufen; man nimmt an, daß die deutsche Nationalversammlung bis dahin den Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt und den Entwurf über die künftige Reichsverfassung verabschiedet haben wird.

Gegen die westdeutsche Republik

hat der Ausschuß zur Wahrnehmung der Interessen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks in Essen eine Entschließung gefaßt. Die Einheit des deutschen Volkes wird als unerläßlich betont. Die Angelegenheiten des rechts- und linksrheinischen Preußen sollen gemeinschaftlich mit dem Kölner Ausschuß beraten werden, ohne der preußischen Landesversammlung dadurch vorzugreifen.

Ein englisches Blatt über Eberts Rede.

„Daily Chronicle" schreibt: Deutschland will ein neues Blatt aufschlagen; das sei schön und gut, aber dann sei es Aufgabe seiner Führer, bedingungslose Reue über das Vergangene auszusprechen und sich nicht mutzlosen Gegenbeschuldigungen gegen Völker und Regierungen hinzugeben, die das Recht und die Freiheit in der Welt, für deren Vernichtung die deutsche Regierung ihr bestes getan habe, gerettet haben. Ebert protestierte dagegen, daß die assoziierten Mächte bei ihrer Auffassung vom Frieden Raubsucht an den Tag legten. Ein Politiker, der nichts getan habe, um die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest zu verhindern, müßte ja ein gutes Urteil über Raubsucht haben. Aber niemand wolle tatsächlich einen Staat berauben, dessen Wohlstand mit der Freiheit seiner Nachbarn und der Zukunft derjenigen unter den Alliierten, die am meisten danach trachten, mit einem reuevollen Deutschland die Rechnung abzuschließen, vereinbar sei.

Neue Unruhen in Berlin.

Am 8. Februar früh wurde in Berlin die Gegend zwischen dem Alexanderplatz und Bahnhof Börse abgesperrt, um dort die Durchsuchung der Häuser nach Waffen vorzunehmen. Hierbei kam es in der Neuen Schönhauser Straße an der Ecke der Weinmeisterstraße zwischen Regierungssoldaten und wilden Händlern zu Kämpfen. Die Regierungssoldaten hatten, als sie die Absperrung der Gegend zwischen dem Bahnhof Börse und dem Alexanderplatz vornahmen, eine Anzahl herumlungernder wilder Händler in der Oberen Weinmeister-, Neuen Schönhauser- und Münzstraße aufgefordert, die Straße zu räumen. Diese weigerten sich aber, dem Befehl nachzukommen und rotteten sich zusammen, um gegen die Regierungstruppen vorzugehen. Der Führer der Truppen wollte nicht von der Schußwaffe Gebrauch machen und forderte die Angreifer nochmals auf, gutwillig die Straße zu räumen. Als aber dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, wurde der Befehl zum Feuern gegeben. Es war etwa 1 Uhr, als die Regierungstruppen die erste Salve abgaben. Die Schüsse wurden in die Luft abgegeben, um auf diese Weise die Angreifer einzuschüchtern. Als die Schreckschüsse aber nicht die beabsichtigte Wirkung hatten, wurde scharf geschossen. Im ganzen sollen 2 Tote und 4 Verwundete festgestellt worden sein. Darauf zerstreute sich die Menge. Wie weiter gemeldet wird, soll bei den Zusammenstößen am Schenenviertel der Abmarsch der Truppen sich ohne jede Störung vollzogen haben.

Bremerhaven kampflos besetzt.

Wösmanns Telegraphenbureau meldet: Die Besatzung Bremerhavens ist kampflos in der Nacht vom 8 zum 9. Februar durch die 2. Landesschützenbrigade (Major Stahlhe) durchgeführt worden. Widerstand wurde an keiner Stelle geleistet. Von den Angehörigen der Minensuchflottille wurden etwa 80 Mann festgesetzt. Der Führer des Soldatenrats Armgart ist festgenommen.

Ihre Hoffnung auf Trotzki

setzen die Hamburger Spartakisten. In einer Versammlung der Volkswehr in Hamburg wurde in [illegible]schaftlicher Weise die politische Lage besprochen. Dabei wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der Einmarsch der Russen in Deutschland spätestens in vier Wochen erfolgen soll. Dann seien die Spartakisten in der Lage, der Reichsregierung mit Erfolg gegenüberzutreten. In Hamburg könnten die Kasernen schon jetzt jederzeit genommen werden; denn mit der jetzt vorhandenen Mannschaft werde man schnell fertig werden. Ebenso sei es in Altona und Bahrenfeld der Fall.

Sie ziehen ab!

Die Spartakisten ziehen auch aus Kuxhaven ab. — In Bremen drang ein bewaffneter Pöbelhaufe in die Villen am Bürgerpark und raubte sie aus.

Der Belagerungszustand über Kiel

ist aufgehoben worden. — Bewaffnete verwüsteten die Geschäftsräume des unabhängigen Organs in Kiel, der „Republik". — Die beiden Führer des roten Soldatenbundes in Kiel, Blum und Wollach, wurden verhaftet.

Spartakistische Messerhelden

wollten die Grenzschutztruppen in Loskau (Ob.-Schl.) mit dem Messer in der Hand entwaffnen. Die Soldaten setzten sich zur Wehr und verhafteten die Messerhelden.

Einen Raubzug

machte der Oldenburger Soldatenrat. Er ließ in der Oldenburger Infanteriekaserne das Gefaß aufbrechen, in dem sich eine Bataillonskasse befand und entrahm ihr 20 000 Mark, da ihm die auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar d. J. über das Finanzgebaren der Arbeiter- und Soldatenräte zur Bestreitung seiner persönlichen Gebührnisse angewiesenen Summen nicht genügten.

Räuber in Bochum.

Eine Bande, die aus 3 Soldaten mit Karabinern und 3 Zivilisten mit Dolchen und Revolvern bestand, raubte in Bochum 100 000 Mark, die der Gewerkschaft Lothringen gehörten. Drei Beamte sollten das Geld zur Löhnung nach Schacht 4 bringen. Der Ueberfall erfolgte an einer einsamen Stelle.

Das Lebensmittelabkommen mit der Entente.

Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spaa nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die beutscherseits der Unterstaatssekretär Braun vom Reichsernährungsamt leitete, haben außerdem Vertreter aller beteiligten Reichsstellen, Betrauensmänner des Handels und der Aerzte teilgenommen. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffenen Abmachungen anschließt, ist folgender:

Der Oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorge treffen, daß sofort rund 30 000 Tonnen Schweinefett und -Fleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt.

Zu monatlichen Anschluß an diese Lieferungen sollen die Alliierten in Aussicht nehmen: 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl, und weitere 35 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfragen bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung über die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Vertretung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fette und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner 1 Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Uebergabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen.

Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferungen nicht besteht.

Die deutschen Handelsschiffe,

die der Entente auszuliefern sind, will England behalten. Eine Verständigung darüber sei auf der Pariser Konferenz, wie aus der Schweiz gemeldet wird, bereits erzielt worden.

Der Knüppel über Deutschland!

Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge erklärte Taft auf dem Kongreß der „Liga zur Erzwingung des Friedens", der „Knüppel müsse über Deutschland gehalten werden". Der Weltfriede hänge vom Völkerbund ab; das Mißglücken des Bundes würde den Krieg bedeuten.

Englische Mordtaten an Gefangenen.

Ausgetauschte Kriegsgefangene sprechen mit Empörung von den unmenschlichen Greueltaten englischer Truppen während des Krieges. Durchweg versichern sie, daß die Engländer und ihre farbigen Hilfsvölker keine Schonung der Gefangenen kannten, sondern die Wehrlosen und Verwundeten ohne Gnade und Barmherzigkeit niedermetzelten.

Der im Februar 1918 an der Lys gefangengenommene Gefreite Wilhelm Stoppe war Zeuge, wie ein australischer Offizier die mit Stoppe in Gefangenschaft geratenen Kameraden mit einem Revolver niederschoß, obwohl sie um Pardon baten. Der im September 1917 vor Ypern schwerverwundete Musketier Albrecht Stücken verdankt seine Rettung nur dem Umstande, daß er sich tot stellte; denn die Engländer zogen mit Trupps von 3—5 Mann über das Schlachtfeld und töteten alle Verwundeten, die dort lagen. Leute, die die Hände hoch hielten und um ihr Leben baten, wurden von den Engländern ohne Gnade durch Gewehrschüsse und Bajonettstiche umgebracht. Eine große Anzahl seiner verwundeten Kameraden wurde niedergemetzelt, nachdem der eigentliche Kampf längst vorbei war. Daß derartige unmenschliche Verbrechen englischer Truppen gegen das Völkerrecht ohne Befehl nach oben hin ausgeführt wurden, ist verschiedentlich von englischer Seite offen zugegeben worden. So erklärte ein englischer Offizier dem Sanitätsoberarzt Eller nach der Gefangennahme, er solle froh sein, daß er ohne körperlichen Schaden in Gefangenschaft geraten sei; es bestehe Befehl, keine Gefangenen zu machen, sondern alle Deutschen zu töten. Alle diese Aussagen sind eidlich erhärtet.

Ablehnung eines Reichssoldatenrates.

Der Oberkommandierende Noske und der Kriegsminister Reinhard haben den Antrag der Berliner Konferenz der A- und S.-Räte aller Armeekorps auf Bildung eines Reichssoldatenrats abgelehnt.

Die Breslauer Offiziere nehmen die Arbeit wieder auf.

Nach einer zwischen Offizieren und dem Zentral-Soldatenrat in Breslau unter Teilnahme mehrerer Vertreter des Volksrats stattgehabten Besprechung wurde die Arbeit von den Offizieren wieder aufgenommen.

Die Polen zeigen ihr wahres Gesicht!

Die preußische Regierung hatte von den Polen Einstellung aller Kampfhandlungen verlangt, sowie, daß auf reichsdeutschem Gebiet keine bewaffneten polnischen Formationen bleiben. Hierauf hat der polnische oberste Volksrat geantwortet. Diese Antwort lautet:

„Aus allgemeinen Menschlichkeitsrücksichten haben wir Ihnen Einstellung von Geiselpolitik, Repressalien, Einstellung von Luft- und Gasgiftangriffen und schließlich zwecks Vermeidens unnützen Blutvergießens Einstellung von Kampfhandlungen vorgeschlagen. Wir haben gleichzeitig niemals den Standpunkt verlassen, daß wir Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgreifen wollen. Unsere Bewegung war elementarer Protest des Volkes gegen jahrzehntelange Unterdrückung, gegen Nichtaufhebung von Ausnahmevorschriften und Nichtabberufung von hakatistischen Beamten, gegen Greuel demoralisierter Grenzschutzbanden. Während unserer Berliner Verhandlung bewiesen Sie volle Geneigtheit zum Abschluß von Waffenstillstand und weiterer Verhandlungen. Entgegen getroffenen Vereinbarungen machen Sie Abschluß von Waffenruhe abhängig von Auflösung unserer bewaffneten Formationen. Wir lehnen diese Forderung kategorisch ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen disziplinlosen Grenz- und Heimatschutz und eventuelle Kampftruppen gegen russischen Bolschewismus. Weisen Ihnen alle Verantwortlichkeit für ferneres Blutvergießen zu und rufen die gesamte männliche Bevölkerung zur Verteidigung von Weib und Kind, Haus und Herd auf. Oberster polnischer Volksrat. Korfanty. Poszwinski."

Eine deutsche halbamtliche Bemerkung hierzu spricht u. a. von polnischer Verdrehungskunst. Größer noch als diese Verdrehungskunst scheint uns jedoch die polnische Unverschämtheit zu sein. Der Aufruf der Polen zur Verteidigung ist doch im Grunde nichts anderes als eine Kriegserklärung an uns. Der polnischen Frechheit entschieden und gebührend entgegenzutreten, ist allerdings für unsere Regierung schwer, da sie sie selbst großgezogen hat.

Absperrung des Aufstandsgebietes.

Amtlich wird gemeldet: Wer ohne Genehmigung des örtlichen zuständigen Generalkommandos die Grenzen des vom Aufstande betroffenen Teiles der Provinz Posen zu überschreiten versucht, setzt sich der Gefahr aus, an der militärischen Absperrungslinie festgehalten und zwangsweise zurückgefördert oder in ein Sammellager verbracht zu werden.

Die Regierung schenkt den Ostfragen volle Aufmerksamkeit.

Aus Weimar wird gemeldet: Am Sonnabend abend besprachen sich die schlesischen Abgeordneten mit Vertretern aus Schlesien über die drohende polnische Gefahr. Ueber alle Parteigegensätze hinweg kam dabei der feste Entschluß zum Ausdruck, den unberechtigten polnischen Annektionsbestrebungen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Vormittags hatte eine gemeinsame Sitzung der ostmärkischen Abgeordneten stattgefunden, an der auch Kriegsminister Oberst Reinhard teilnahm. Er erklärte dabei, daß die Regierung den Ostfragen ihre volle Aufmerksamkeit schenke und fest entschlossen sei, alles aufzubieten, um der drohenden Gefahr entgegenzutreten. Die Reichsregierung sei sich bewußt, daß die bisherige Art des Zusammenziehens von Truppen unzulänglich sei. Man müsse wieder zu Aushebungen schreiten, die sich jedoch vorläufig nur auf die besonders gefährdeten Bezirke beschränken sollen. Die jungen Männer Deutschlands aus allen Ständen und Berufen müssen sich wieder bewußt sein, daß sie ihre eigene Zukunft schützen, wenn sie für das Vaterland zu den Waffen greifen.

Die Kämpfe bei Bromberg.

Aus Bromberg wird unter dem 8. Februar amtlich gemeldet:

Vor überlegenen polnischen Kräften zogen sich unsere Truppen aus Grünthal zurück. Ein polnischer Angriff auf Murankowitz hatte vorübergehenden Erfolg, wurde aber durch den Gegenstoß einer Kompagnie des Grenzschutzbataillons Nr. 3 abgewiesen und der Gegner bis Bielawi zurückgedrängt. Eine polnische Seitenbedeckung, die in Stärke von 20 Mann bei Ruden über den Kanal zu stoßen versuchte, wurde durch Maschinengewehrfeuer unter Verlusten zurückgedrängt.

Rückgängig gemachte Anwerbungen.

Der bayrische Staatsrat verhinderte die Anwerbung und den Abmarsch von Truppenteilen zur Ostfront in Augsburg. Der den bayrischen Kommunisten nahestehende Vorsitzende des Vollzugsausschusses Sauber brachte eine Resolution gegen jede Anwerbung militärischer Freiwilliger für den Ostschutz ein, weil alle diese Bestrebungen nur auf junkerliche reaktionäre Kreise zurückzuführen seien und der Bekämpfung der Revolution dienen sollten.

Der Zentralrat der Ostfront,

der durch Regierungsverfügung aufgelöst wurde, jetzt seiner Auflösung Widerstand entgegen. Er bestreitet die Berechtigung der Regierung zu ihrem Vorgehen. Auch die Ostarmeen hätten entschieden dagegen Protest erhoben.

Die Antwort der Bolschewisten.

Ein russischer Funkspruch teilt die Antwort mit, die der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin auf die Einladung zu Verhandlungen auf den Prinzeninseln erteilt hat. Die Einladung wurde nur bedingungsweise angenommen. Die Sowjetregierung erklärt sich zu einem Uebereinkommen mit den Ententemächten bereit, wodurch sie auf die internationale revolutionäre Propaganda verzichten würde, vorausgesetzt, daß die Ententemächte sich verpflichten, nicht in die inneren russischen Angelegenheiten einzugreifen (d. h. der Sowjetregierung gegenüber den anderen Regierungen auf russischem Gebiet freie Hand zu geben).

Der Massenmord in Rußland.

Die „Times" meldet aus Rußland: Mit den Großfürsten wurden noch 172 andere Personen erschossen, und zwar 144 Männer und 28 Frauen, die von den Bolschewisten beschuldigt wurden, an den sogen. englisch-französischen Organisationen teilgenommen zu haben. Alle Großfürsten starben würdevoll. Großfürst Nikolai Michailowitsch war so krank und hungergeschwächt, daß er auf einer Tragbahre auf den Hof getragen und in dieser Lage erschossen werden mußte. Die Erschießung fand am frühen Morgen statt bei einer Kälte von 13 Grad unter Null. Sie wurde durch eine Abteilung Matrosen und Chinesen in Gegenwart der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution vollzogen.

Kärnten.

Eine Volksabstimmung ergab für die strittigen Gebiete mit überwältigender Mehrheit den Anschluß an Deutsch-Oesterreich; für Südslawien wurden nur 360 Stimmen abgegeben.

Die schwere japanische Konkurrenz.

Das Shippings Merchants Comittee der Handelskammer von Manchester hat die Aufmerksamkeit des Baumwoll-Kontrollamts darauf gelenkt, daß der englische Ausfuhrhandel mit Baumwollwaren ernstlich von der zunehmenden japanischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190211-10/fragment/page=0002

Konkurrenz bedroht wird, und daß es große Schwierigkeiten bieten wird, die verlorenen Märkte wieder zu erobern. Das Kontrollamt hat hierauf geantwortet, daß es diese Ansicht teilt und daß es der Frage die allergrößte Aufmerksamkeit widmen werde.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Am Sonnabend, den 15. Februar, kommen auf jede Stadtfettmarke 45 Gramm Butter zum Preise von 61 Pfg. und auf jede Zusatzfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 67 Pfg. zur Ausgabe. Für Merseburg-Land ist die Wochenfettmenge für gewöhnliche Marken auf 40 Gramm, für Zusatzfettmarken auf 50 Gramm festgesetzt.

In der städtischen Lebensmittelverteilung, Große Ritterstraße 5, werden bis auf weiteres Kohlrüben in Mengen von 50 Pfd. und mehr zum Preise von 6 Pfg. das Pfund abgegeben.

Roßfleisch und Fleischwarenverkauf

findet am Dienstag, den 11. Februar bei Hoffmann, Brühl 6 von 2—5, bei Naundorf, Obere Breitestraße 4 von 1—4 und bei Möbius, Tiefer Keller 1, von 2—5 Uhr nachmittags statt. (Ordnungsnummern siehe Anzeige.)

Abiturienten-Examen.

Leutnant Gerhardt Weber bestand in der vorigen Woche auf dem Dom-Gymnasium sein Abiturienten-Examen.

Nach Erhöhung der Wochenfleischration

auf 200 Gramm für Erwachsene stellt sich der Höchstpreis für eine Wochenmarke bei Kalbfleisch auf 72 Pfg., bei Rindfleisch auf 84 Pfg. Eine Ueberschreitung dieser Sätze ist strafbar.

Diebstahl.

Am Sonnabend abend wurden zwei russisch-polnische Arbeiter bei dem Versuch, eine Marktasche zu stehlen, ertappt. Sie setzten ihrer Festnahme Widerstand entgegen, es gelang aber, sie abzuführen.

Die neuen Stadtverordnetenwahlen

finden, wie bereits gemeldet, Sonntag, den 2. März, statt. Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens Sonnabend, den 22. Februar, beim Wahlkommissar, Bürgermeister Dr. Mosebach, eingebracht sein.

Jagdverpachtung.

Die Jagd im gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Gemeinde Milzau soll öffentlich meistbietend verpachtet werden. Der Termin ist auf Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Gasthause Milzau festgesetzt.

Neuer Wohnungswucher.

Die gewaltige Steigerung der Wohnungsmieten hat neuerdings zu einem ganz eigenartigen Brauch Veranlassung gegeben. Wer in die unglückliche Lage versetzt worden ist, eine Wohnung suchen zu müssen, wird beim Durchsehen der Zeitungsanzeigen wohl nur selten auf leere Wohnungen, um so öfter dagegen auf das Angebot von möblierten Wohnungen gestoßen sein. In vielen Fällen werden solche möblierten Wohnungen von den Vermietern aber nur dann abgegeben, wenn sich der Mieter verpflichtet, die Möbel zu einem unverhältnismäßig hohen Preise zu erwerben. Auf diese Weise verstehen viele Vermieter, die auch manchmal mit Möbelfabrikanten und Möbelverleihern unter einer Decke stecken, wucherisch hohe Preise herauszuschlagen, unter Ausbeutung der Notlage von Familien, die irgendwie ein Unterkommen finden müssen. Nun sind Möbel Gegenstände des täglichen Bedarfs, deren Verkauf zu Preisen, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, durch die Preistreibereiverordnung vom 8. Juli 1918 mit Gefängnis- und Geldstrafen bedroht ist; auch die Vermittlung solcher Geschäfte unterliegt der gleichen Strafe. Ferner unterliegen die zu übermäßigen Preisen angebotenen Möbel der Beschlagnahme. Da diese Art des Wuchers überhandzunehmen droht, hat sich das Kriegswucheramt der Sache angenommen und tritt ihm mit aller Schärfe entgegen. Es sind daher Anzeigen über Preistreibereien dieser Art zweckmäßig an das Kriegswucheramt, Berlin, Magazinstraße 3—5, zu richten, das die erforderlichen Schritte unverzüglich veranlassen wird.

Freigabe von Gummibereifung für Kraftfahrzeuge.

Im Publikum ist vielfach die Meinung verbreitet, daß nach Beendigung des Krieges die Gummibereifung für Kraftwagen in größerem Maßstabe für die Allgemeinheit freigegeben werden kann. Dem ist aber leider nicht so. Abgesehen davon, daß gelegentlich des Rückzuges aus den früheren feindlichen Gebieten eine große Menge von Bereifungen abhanden gekommen ist, benötigt das Heer für den Grenzschutz im Osten wieder erhebliche Mengen von Bereifung. Auch die erzwungene Abgabe an die Entente, sowie das Versagen der Eisenbahnverbindungen und die damit im Zusammenhang stehende Verwendung von Kraftwagen zur Beförderung von Kohlen, Lebensmitteln usw. verschlingen einen weiteren großen Teil der vorhandenen Gummibestände. Die Freigabe erfolgt nach wie vor von derselben Stelle, die auch während des Krieges über die vorhandenen Bestände verfügt hat. Die Stelle ist jetzt als Technische Abteilung für das Automobilwesen (Tabil) zum Reichsverwertungsamt übergetreten, befindet sich aber immer noch Berlin, Krausenstraße 67/68.

Bitte um Mithilfe bei Erforschung der Sitten und Gebräuche.

Der Kreisausschuß versendet an die Herren Amtsvorsteher, Geistlichen und Lehrer folgende Bitte:

„In dem Kreiskalender für Merseburg soll auch über die Sitten und Gebräuche, die sich in den einzelnen Ortschaften und Gegenden vorfinden, berichtet werden. Der Herausgeber dieses Kalenders bittet darum die Bewohner des Kreises aus allen Ständen, ihm Beiträge dieser Art zu senden. Worauf dabei zu achten ist, sagt der folgende Fragebogen für Volkskunde. Jeder, der über die angregenden Fragen etwas weiß, schreibe es flugs auf und sende es an Seminar-Oberlehrer Hendrich in Merseburg. Denke keiner, das, was ich über diese Dinge und Vorgänge weiß, ist ja weiter nicht wichtig. Jeder, auch der kleinste Beitrag wird vielmehr mit Freude und Dank begrüßt. Befürchte auch keiner, er könne die Sache nicht recht zu Papier bringen und darstellen, gerade volkstümliche Berichte sind erwünscht. Also bitte, recht viel einsenden, schließlich weiß jeder etwas dem Kalendermann zu erzählen." Der Fragebogen ist vom Pfarrer Reichardt in Rotta b. Kemberg, der am Bildungsabend vor Weihnachten in Merseburg über deutsche Weihnacht in Sitte und Brauch einen Vortrag hielt, aufgestellt worden. Der Fragebogen bezieht sich zunächst auf die deutschen Feste: Herbstfeste (Michaelis, Kirmeß, Martinstag.) Weihnachten (Andreastag, Adventsgebräuche, Weihnachtsbräuche, die heiligen Zwölf, Dreikönigstag.) Frühlingsfeste, Fastenzeit, Maibräuche, Pfingsten, Johannistag und die sommerlichen Feste, Ernte, dann auf die Geburt, Hochzeit, Tod, ferner Hausschutz, Hausgarten, Haustiere, Pflanzenwelt usw.

Auch wir möchten die Bitte, bei Erforschung dieses Gebiets mithelfen, nach Kräften unterstützen. Der Fragebogen ist vom Landratsamt kostenlos zu beziehen.

Johanniterlazarett.

Von befreundeter Seite geht uns folgender Bericht zu, dem wir gern Aufnahme gewähren: Wie lieb und vertraut ist uns dies Wort in diesen 4½ Jahren des Krieges geworden, dieses Krieges, der so unendlich viel uns gebracht und so trübe endete. Wie mancher ist dort oben gewesen, dem das Lazarett nach aller erduldeten Qual draußen Heimat und Zuhause bedeutete. Und es waren nicht wenige, die mit den Worten hinauszogen: „Es war die schönste Zeit meines Lebens, und ich werde sie nie vergessen." Und nicht mit Unrecht waren die Merseburger stolz auf ihr Johanniterlazarett. Durch seine Lage, durch die prachtvollen hohen, geräumigen, mit appetitlicher Ausschmückung erbauten Räume, seiner behaglichen, guten Einrichtung, der neu angelegten Warm- und Kaltwasseranlage und vor allem dank seinem herrlichen Schloßgarten mit der weiten Terasse war der Aufenthalt für die Verwundeten hier ein idealer. Nicht wenig trug dazu die vorzügliche Verpflegung bei. Die Verwaltung des Lazaretts, der Johanniter-Orden, vor allem Herr Regierungs-Präsident D. v. Gersdorff scheute keine Mühe und Kosten, um nur alles irgend Erreichbare für die Verpflegung herbei zu schaffen, und unsere bewährte Köchin verschwendete täglich von Neuem ihre Liebe und Kunst an die Zubereitung des schmackhaften Essens. 1253 Verwundete und Kranke sind in diesen 4½ Jahren aufgenommen worden und dankbar von hier geschieden, und so mancher von ihnen sieht, obgleich sein Weg ihn schon weit Jahren weiter führte, noch immer in Correspondenz mit dem Lazarett. Von den weit über ⅔ chirurgischen Fällen konnte der größte Teil, dank der geschickten Hand des Chefarztes wieder als völlig geheilt entlassen werden. Trotz der vielen Schwerverwundeten und Kranken hat das Lazarett nur ganz wenige Todesfälle zu beklagen gehabt, und selbst die vielberufene Grippe hat, obgleich sie auch im Johanniterlazarett zeitweise in größerem Umfange auftrat, nicht eine einzige wirklich schwere Erkrankung herbeigeführt, was seitens der Aerzte den ungewöhnlich hohen Räumen und der gesunden Luft im Schloßgarten zugeschrieben wurde. Die Auflösung des Lazaretts, die ja durchs Kriegsende bedingt war, war in so mancher Beziehung eine recht schmerzliche, schmerzlich vor Allem, weil ein im Laufe der Jahre durch engstes Beisammensein geknüpftes Band zwischen Patienten und Schwestern sich nun lösen mußte.

Zum letzten Mal versammelten sich alle Insassen des Lazaretts zu einer kleinen Abschiedsfeier. Zum letzten Mal wurde der Saal festlich geschmückt für die Verwundeten, eine lange Tafel, munter belebt von roten Tulpen, zeigte, daß noch eine ganz staatliche Zahl sich hier vereinigte, worunter sich auch die alten, zum Teil längst entlassenen Merseburger Patienten als Gäste befanden. Herr Regierungs-Präsident D. v. Gersdorff sprach in ergreifenden Worten zu allen Anwesenden. Kurz erwähnte er das Entstehen des Johanniterordens, der als erste derartige Vereinigung im 11. Jahrhundert gegründet wurde und von da an unter dem Zeichen des achtspitzigen Kreuzes es für seine erste und vornehmste Pflicht gehalten habe, Kranken und Verwundeten zu helfen. Herr v. Gersdorff sprach von den Zielen und Erfolgen des Lazaretts und dankte in Worten, worin sein ganzes Herz, seine ganze Freude an der Leitung und Mitarbeit lag, den Aerzten, Schwestern, dem Hauspersonal und Wärtern für ihre treue, vorbildliche Arbeit in diesen langen Jahren. Vor allem gedachte er in warmen Worten des guten, kameradschaftlichen Geistes, den sie all die Jahre unter den Patienten hoch zu halten gewußt hätten.

Die Abschiedsfeier war eine tiefe und reine Freude für alle, die in diesen Jahren ihr Bestes daran gesetzt hatten, den Patienten eine Stätte der Ruhe und des Friedens zu schaffen. In diesem Sinne sprach ein Verwundeter in rührend dankbaren Worten, wie unendlich wohl sie sich alle hier gefühlt, wie sie nicht nur mit gesundem Körper, sondern auch mit gesunder Seele von hier munig ins Leben hinauszögen, ein jeder an seinen Platz, um mitzuarbeiten am Wiederaufbau unseres so tief darniederliegenden Vaterlandes. Er erfreute hierauf die Schwestern mit herrlichen Fliederstrüßen, als Zeichen der Dankbarkeit der Verwundeten.

Nun folgte das Abschiedsessen, zu dem noch einmal die Küche des Johanniterlazaretts ihr Bestes bot und in dessen fröhlichem Verlauf jedem Patienten ein hübsch gerahmtes, wohl gelungenes Bild überreicht wurde. Herr Medizinalrat Dr. Bundt richtete noch einige Abschiedsworte an die Verwundeten und gab ihnen seine besten Wünsche für Gesundheit und Widerstandsfähigkeit gegenüber allen harten Anforderungen des Lebens mit auf den Weg. Vaterländische und frohe Lieder beschlossen die Feier. Die nächsten Tage geht nun alles auseinander, teils in die Heimat, teils in das hiesige Barackenlazarett, ein jeder mit Wehmut im Herzen, denn gemeinsame Arbeit, gemeinsam Leid und Freude hatten doch ein festes Band um alle geschlungen.

Tivoli-Theater.

Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben:

Dienstag findet die Erstaufführung der entzückenden Operette „Die Rose von Stambul" statt. Donnerstag geht zum letzten Male die beliebte Operette „Die Czardasfürstin" in Szene.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Diebstähle. — Steigerung der Gaspreise.

Keuschberg-Dürrenberg, 10. Februar. Die Diebstähle hier und in der Umgegend nehmen immer mehr zu. Dieser Tage wurde in Ostrau beim Landwirt Laub ein Schwein gestohlen und abgeschlachtet, beim Photograph Scholl und Briefträger Herr in Keuschberg mehrere Kaninchen, an der Leipziger Chaussee Apfelbäume usw., gestohlen, sowie verschiedene Zerstörungen an fremden Eigentum ausgeführt. Neuerdings haben Diebe sogar aus der Zementbude der Fa. Carl Brandt, Berlin, am Spergauer Ueberweg eine Spännige Kuhe Zement gestohlen. Auf die Zerstörung hat die Fa. Tietz 50 Mk. Belohnung für die Ermittelung des Täters ausgesetzt, während die Fa. Brandt 100 Mk. Belohnung zusichert. Der Schweinedieb in Ostrau ist bereits in der Person eines Ostrauer Arbeiters St. ermittelt, ebenso sind die Baumdiebe festgestellt. — Eine weitere Steigerung der Gaspreise tritt am 1. Februar ein und zwar für Leuchtgas 55 Pfg. und für Koch- und gewerbliches Gas 50 Pfg. pro Kubikmeter; das beträgt pro Kubikmeter eine Erhöhung von 20 Pfg. Damit aber nicht genug; es wird eine weitere Sperrung des Gasverbrauchs angekündigt. Nun darf man gespannt sein, wieweit sich die Sperrung des Gasverbrauches erstreckt, da dieselbe für die gewerbl. Betriebe mit Gasmotoren absolut keine Einschränkung mehr erfahren können, sollen sie nicht völlig ausgeschaltet werden. Da ist es unbedingt Pflicht der Betriebsinhaber für die elektrische Betriebskraft seitens der Saline einzutreten und sich dieselbe zu sichern, denn es wäre doch einfach ein unhaltbarer Zustand, wegen Gasknappheit den Betrieb einzustellen, wo elektrische Kraft so nahe und ausreichend vorhanden ist.

Aus Provinz und Reich

Ein Proviantamt bestohlen.

Könnern, 10. Februar. Das hier belegene Strohlager des Proviantamts Halle wurde mehrfach bestohlen. Deshalb wurde dort eine Wache von einem Unteroffizier und mehreren Soldaten stationiert. Dieser gelang es, vier mit Pferden bespannte Wagen anzuhalten, welche sich in Besitz von Stroh gesetzt hatten.

Diebstahl.

Mühlberg a. E., 10. Februar. Trotz der neu eingerichteten Sicherheitswache ist von dem für die Heeresverwaltung hier lagernden Preßstroh eine große Fuhre entwendet worden.

Turnen, Spiel und Sport

Fußballspiele. — Die gestrigen Spiele hatten sehr unter dem liegenden Schnee zu leiden. Hoffentlich kommt der Frühling bald und mit ihm der schöne grüne Rasen. Ueber die Spiele V. f. B. folgender Bericht:

Die Bewegungsspieler holten sich in Halle von 96 die erwartete Niederlage; mit 5:0 mußten sie sich geschlagen bekennen. Dem Gauverbier 96 kam bei seinem Sieg noch zu statten, daß V. f. B. mit Ersatz für Fischer und wegen Verletzung seines Linksaußen durchweg mit nur 10 Mann spielen mußte. Die Hintermannschaft und Läuferreihe der Bewegungsspieler war wie immer sehr gut. Im Sturm wurde wieder zu wenig geschossen; Thon I fiel als Rechtsaußen merklich ab und ließ verschiedene sicherste Sachen aus, während sein Bruder als Halblinker glänzend war und unablässig den Sturm mit nach vorn riß. Halbzeit 2:0. — Die 2. Mannschaft hatte in der gleichen Elf des Sportvereins 1898 (früher Hohenzollern) einen spielstarken Gegner vor sich, vermochte aber diesen, dank ihres sehr guten Zusammenspieles mit 6:1 zu schlagen. Die Tore erzielten Moritz (2), Petzold (2), Bönisch (1), Sander verwandelte unhaltbar einen 11 Meter, während Kowalski im B. f. B.-Tor einen für den Sportverein gegebenen 11 Meter hielt. Mit 6:1 sicherten sich die Bewegungsspieler die Punkte und verbesserten sich damit die Aussichten auf die Meisterschaft. Halbzeit 2:0. Die 3. Mannschaft konnte ihr Spiel nicht zum Austrag bringen, da der angesetzte Schiedsrichter nicht erschienen war und sich ein anderer nicht finden konnte.

Ballspiel-Club Preußen konnte gestern im Verbandsspiel seinen Gegner mit 11:1 (7:0) schlagen, eine empfindliche Niederlage für den Ammendorfer Sportklub 1910. — Germania verlor in Halle gegen Eintracht mit 7:0.

Verschiedenes. — Versammlung: Die Merseburger Rudergesellschaft hält am kommenden Freitag abends 7½ Uhr im Bootshaus eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Tagesordnung: Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder. Neuwahl des Gesamtvorstandes. — Ballspielverein Hohenzollern. Die Versammlung am vergangenen Sonnabend im „Thüringer Hof" war sehr gut besucht. Die Tagesordnung fand glatte Erledigung unter dem Vorsitz des Schriftführers Wolf. Es wurde die Frage aufgeworfen, eine vierte Mannschaft ins Leben zu rufen. Angemeldet hatten sich 6 neue Mitglieder.

Wettervoraussage

Dienstag, 11. Februar. Meist trübe, leichte Niederschläge. Uebergang zu Tauwetter.

Letzte Depeschen

Keine allgemeine Mobilisation.

Berlin, 10. Februar. (Eig. Drahtb.) Mitteilungen über eine von der Regierung beabsichtigte allgemeine Mobilisierung treffen nicht zu. Wie wir erfahren, sollen nur bestimmte Jahrgänge in den bedrohten Ostprovinzen aufgeboten werden.

Von der Ostfront.

Berlin, 10. Februar. (Eig. Drahtb.) Ueber die Lage im Osten wird gemeldet: A. O. K. Nord: Nach einem erfolgreichen Vorstoß im Windau-Abschnitt wurde Tyrschlle von uns genommen. Nachrichten zufolge soll die deutsche Besatzung von Windau bei der Eroberung der Stadt durch die Bolschewisten restlos niedergemacht und eine Anzahl deutscher Kolonisten in Goldingen erschossen worden sein. — A. O. K. Süd: In allen Abschnitten für uns erfolgreiche Gefechte. — 5. A.-K.: Ein feindlicher Vorstoß bei Rawitsch wurde abgewiesen — 2. A.-K.: Südwestlich von Margonin griffen die Polen in Stärke von zwei Kompagnien das Dorf Radwonie an, welches hierbei verloren ging. Es wurde mit Artillerieunterstützung von uns wiedergenommen. — Westlich von Brest-Litowsk wurde ein starker polnischer Ueberfall abgeschlagen.

Räumung von Kowel.

Berlin, 10. Februar. Nachdem die Räumung der Ukraine beendet ist, war die Festhaltung des Bahnknotenpunkts Kowel nicht mehr nötig. Kowel ist daher von uns geräumt worden. Die Folge davon ist, daß zwischen Polen und Ukrainern um den Besitz dieses wichtigen Platzes jetzt heftige Kämpfe entbrannt sind.

Eichhorn in Braunschweig.

Berlin, 10. Februar. (Eig. Drahtb.) Wie wir hören, befindet sich der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn in Braunschweig und hält sich im Herzoglichen Schlosse auf. Die Braunschweigische unabhängige Regierung hat ihm eine Art Asylrecht gewährt und schützt ihn offenbar auch vor Verhaftung.

Graf Brockdorffs Hoffnung.

Meseritz, 10. Februar. Auf einen Protest des Kreises Meseritz gegen die polnischen Uebergriffe und Vergewaltigungen deutscher Gebiete erwiderte Graf Brockdorff-Rantzau, daß die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf der Friedenskonferenz dahin wirken werde, daß deutsche Gebiete nicht vom Deutschen Reiche abgetrennt werden. Er hoffe außerdem, daß die gegen die Polen in Abwehr stehenden Truppen bald so stark sein werden, daß sie jede Gefahr beseitigen können.

Drakonisches Urteil.

Berlin, 10. Februar. Vor einigen Monaten ist einer der Inhaber der Firma Gebrüder Röchling in Diedenhofen verhaftet und unter den entwürdigendsten Begleitumständen über Metz nach Amiens gebracht worden. Nunmehr kommt die Nachricht, daß Herr Röchling dort wegen Ankaufs von Maschinen, die angeblich aus dem belgischen oder dem nordfranzösischen Besetzungsgebiet stammen, zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei.

Die verschärften Bedingungen.

Genf, 10. Februar. Die nunmehr beschlossene Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen veranlaßt „Somme Libre" und andere Regierungsorgane, bekanntzugeben, daß die Entente gegen jeden etwaigen Widerstand ausreichend gesichert ist. Die amerikanische und englische Truppenmacht, die sich marschbereit auf dem Kontinent befindet, zusammen 2¾ Millionen, würde schon allein hierfür ausreichen. Es sei unabweislich, daß die Polenfrage nach den Wünschen der Entente gelöst und daß die Demobilisierung in allen deutschen Garnisonen sich ohne die Möglichkeit einer Hinterhältigkeit vollziehe. Der von der Ukrainer Regierung geäußerte Wunsch, als Zusammenkunftsort der russischen Vertreter aller Parteien Paris zu wählen, begegnet daselbst manchem Widerspruch, vornehmlich, weil man sozialistische Kundgebungen zugunsten der Sendlinge Lenins und Trotzkis befürchtet.

Französischer Bluff.

Zürich, 10. Februar. Nach einer Pariser Meldung hat sich die ganze Lage dadurch total verändert, daß Deutschland sich aufraffte und die Entente vor einer entscheidenden Wendung steht. Die Ahreise Wilsons und Orlandos ist verschoben worden. Es wurde ein Zwischenlegierter an der Seite der Militärkommission für den Waffenstillstand bestimmt. Wilson empfiehlt einen Mittelweg zwischen der Wiederaufnahme der militärischen Operationen und dem wirtschaftlichen Druck.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190211-10/fragment/page=0003

Nachruf.

Nach Beendigung des furchtbaren Völkerringens gedenkt auch unser Verein trauernd der im Kampfe ums Vaterland Gefallenen.

Es sind die Kameraden:

Herr Hauptmann	**Haacke,** Bürgermeister v. Merseburg	
„ Leutnant	**von Seebach**	
„ Leutnant	**Rohkamm**	
„ Leutnant	**Geyer**	
„ Leutnant	**Eylau**	
„ Leutnant	**Thielert**	
„ Leutnant	**Eicke**	
„ Offiziersstellvertreter	**Meyer**	
„ Unteroffizier	**Mettin**	
„ Unteroffizier	**Hammermann**	
„ Wehrmann Gefreiter	**Gehre**	
„ Wehrmann Gefreiter	**Volp**	
„ Wehrmann	**Fischer**	
„ Wehrmann	**Steinbrück II**	
„ Wehrmann Unteroffiz.	**Meyer**	verstorben in Merseburg infolge der Kriegsstrapazen
„ Wehrmann	**Seiblicke**	
„ Wehrmann	**Warnicke**	
„ Krankenwärter	**Brauer,** verstarb im Lazarett in Budapest.	

Ehre ihrem Andenken!

Merseburg, den 8. Februar 1919.

Merseburger Landwehr-Verein.

Protest-Erklärung.

Unser altes Preußen ist in Gefahr!

Wir protestieren hiermit ganz entschieden gegen die im Entwurf zur deutschen Reichsverfassung geplante Zerstückelung Preußens und der Provinz Sachsen. Wir wollen die Schöpfung der Hohenzollern, das Rückgrat des deutschen Reiches nicht zerrissen sehen. Wir bitten, da keine Zeit zu verlieren ist, alle Gleichgesinnten in der Provinz, Körperschaften, Verbände, Vereine und auch Einzelne, Erklärungen in diesem Sinne umgehend direkt an die deutsche Nationalversammlung einzusenden, sowie eine kurze Mitteilung an den mitunterzeichneten Grafen von der Schulenburg, Halle a. S., Landwirtschaftskammer.

Graf von Bartenleben-Gorow, General der Kavallerie. Graf von Bartensleben-Rogätzer, Vorsitzender des Provinziallandtages und Präses der Provinzialsynode. von Witzow-Dieskau, Vorsteher des Provinzialausschusses. Freiherr von Wilmowski, Landeshauptmann. Graf von der Schulenburg-Emkendorf, Präsident der Landwirtschaftskammer. von Trotha-Scopau, Generallandschaftsdirektor. Freiherr von der Recke-Mansfeld, Landrat a. D. Graf von der Schulenburg-Angern, Landrat a. D. Graf von Alvensleben-Erxleben II. von Alvensleben-Wittenmoor. von Hanstein-Wahlhausen. Freiherr von Wintzingerode-Bodenstein. Weldin-Oberfarl, Landrat a. D. Heine-Nauris, Oekonomierat. Brauns-Bennungen, Amtsrat. Dr. Eckertsberg, Rittergutsbesitzer, Oekonomierat. Pfeifer-Cunau, Amtsrat. von Reitzenstein-Nauis. von Pippe, Landesökonomierat. von Christ-Berlebshausen. von Schack-Beuch. Wentzel-Teutschenthal. Dr. Rabe-Halle, Landesökonomierat. Winckler-Merseburg, Generalfeuersozietätsdirektor.

Federverkalkung, Schwindelanfälle,
Herzbeklemmungen, Angst- u. Schwächezustände
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Str. 104a.

Wollwaren und Trikotagen,
Wollne Strümpfe u. Gamaschen
für Damen und Kinder,
Sport-Mützen, -Sweater, Schals,
Kragenschoner, Tücher,
Gestrickte Damenjacken u. Westen
Große wollne Umschlagetücher
(Reichsware),
für Schlaf- und Reisedecken und zum Anfertigen von Mänteln und Blusen geeignet
in schöner Auswahl
bei
OTTO DORKOWITZ.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Große Auswahl.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Billige Zigarren
gute Qualität von 25—50 Pf u. höher. Spez.: Virginia ca. 18 cm lang — Havanna, Sumatra — 65 Pf. v. 50 St. an neg. Nachn. oder vorherige Kasse. **Schulz & Wolf, Hamburg 33,** Tiefstack 71.

Ackerwalzen
dreiteilig, mit Gerüst und Beschlag
— liefert stets —
Wilh. König, Aken-E.

Leistungsfähige Eichmöbel-Fabrik sucht einen in der Möbelbranche eingeführt. **Vertreter.** Off. bei. u. „P. 783" Ann.-Exp. Frommhold & Kretzschmar Leipzig

Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Verletzung, vor Friedensschluß die Welt vor seltsame Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ausehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostsee-Provinzen zu keinem unbeschrten Abzug. Helfen müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und auch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in einen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten. Ihr sollt das Ueberrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Jetzt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. Freiwillige vor!

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Ost — außerhalb der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — innerhalb der Reichsgrenzen können sich bei

jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando

melden, die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Ostst, Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind zwecklos und werden nicht berücksichtigt.

II. Jeder Freiwillige hat seinen Entlassungsanzug mitzubringen. Soweit er noch feldbrauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschätzungswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist aufzunehmen.

III. Bedingungen:

1. In Betracht kommen nur felddienstfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten, die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens ½ Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
   a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande.
   b) Kavallerie: Verwendung im Kav.-Schützenregiment oder als Ersatz-Kav.
   c) Pioniere: Verwendung im Kompagnie-Verbande.
   d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertrup. und Kraftfahrer: Verwendung bei Felformationen im Operations- oder Etappenbetrieb.
   e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappen-Formationen.

   Auch Matrosen, die infanteristisch ausgebildet sind und den Bedingungen entsprechen, können geworben werden. Jahrgang 19 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. Mts. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
3. Unterordnung unter die eingesetzten Vorgesetzten, denen Soldaten-(Vertrauens-)Räte zur Seite stehen. Anerkennung der bisher üblichen Kriegsgesetze. (Aenderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nachstehender Gebührnisse für Ostst und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:

   A. Offiziere und Beamte:
   a) mobile Gebührnisse,
   b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 angewiesen wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdrittel nachträglich.

   B. Unteroffiziere und Mannschaften:
   a) mobile Besoldung nach den Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich.
   b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mark täglich. Im Gebiet des Ostst außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.
5. Verpflegung:
   a) Im Gebiet des Ostst: Mobile Verpflegung.
   b) Im Grenzschutz Ost: Stäbe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstbeköstigung ist unzulässig. Läßt sie sich in Einzelfällen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zuständig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
   Sowohl im Gebiet des Ostst als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Versorgung:
   a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungs-Gesetze.
   b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu beurkundet.
   c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Von seiten des Generalkommandos,
Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen, Oberstleutnant

Der Exekutivausschuß des IV. Armeekorps.
Bock.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

Generalkommando IV. Armeekorps.
Abt. 1 a Nr. 300.

Achtung! Achtung!
Telegramm!
Donnerstag, d. 13. Febr., im neuen Schützenhaus
Große
Galavorstellung
der berühmten
Spezialitätengruppe Wolf
aus Magdeburg.
Nur einmaliges Auftreten!
Soubretten, Komiker, Akrobaten, Luftturner usw., sowie
Auftreten des berühmten Hand- und Kopfequilibristen M. Wolf.
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf: Friseurgeschäft **Hanke,** Schmalestraße.

Fröbelschule-Haushaltungs-Kochschule-Töchterpensionat
von **Frau C. Kronmann, Berlin, Bülowstrasse 86.** Kurse für Haus u. Beruf. Kinderfräulein l. u. II. Kl., Stützen, Jungfern, Stubenmädchen. Freipolp. Eig. Haus m. Garten

Stadt-Theater Halle.
Montag, 10. Febr., abends 7 Uhr: **„Die Rose von Stambul."** Dienstag, abds. 7 Uhr: **„Der arme Heinrich"** Mittwoch, abends 7 Uhr: **„Nur ein Traum."** Donnerstag, abends 7 Uhr: **Die lustigen Weiber von Windsor"** Freitag, abends 7 Uhr: **„Des Leutnants."** Sonnabend, 7 Uhr: **„Die Fledermaus."**

Tivoli-Theater
Direktion: **Arthur Dechant.**
Dienstag, den 11. Februar, abends ½8 Uhr:
Gastspiel Ludwig Heine.
Zum ersten Male!
Die Rose von Stambul.
Operette in 3 Akt. v. Leo Fall.
Donnerstag, den 13. Februar, abends ½8 Uhr
Gastspiel Ludwig Heine.
Die Czardasfürstin.
Operette in 3 Akt. v. Kalmann

Verantwortliche Redaktion, Politik, Oertl. und prov. Teil: Erich Polckow, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Baly.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baly, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190211-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 35 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Dienstag, den 11. Februar 1919.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Lebensmittel für Deutschland.

Die Vertreter der interalliierten Kommission für die Nahrungsmittelversorgung in Spaa haben gegenwärtig mit den deutschen Vertretern in Spaa eine Besprechung, um die Frage der Nahrungsmittelversorgung von Deutschland zu beraten. Wie der politische Mitarbeiter der „Daily Mail" mitteilt, hat Deutschland eingewilligt, die Nahrungsmittel in Gold zu bezahlen, und es wurden Anweisungen nach England gesandt, um Nahrungsmittel nach Deutschland einzuschiffen. Diese Schiffe sollen über Holland gehen. Vorerst soll kondensierte Milch, dann Fett geliefert werden. Später wird es vielleicht möglich sein, amerikanischen Speck zu liefern.

Eberts unvollständiges Goethe-Zitat.

Was der Dichter sagte.

Der Volksbeauftragte Ebert hat, dem genius loci von Weimar huldigend, seine Eröffnungsrede in der Nationalversammlung mit den Versen aus Goethes „Hermann und Dorothea" geschlossen:

Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter;
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.

So endete der Redner — der Dichter aber, mit Hinblick auf die französische Revolution, fährt fort:

Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Fortzuleiten und auch zu wanken hierhin und dorthin.
Dies ist unser! so laß uns sagen und so es behaupten!
Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen,
Die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder
Stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen.

Die deutsch-dänische Frage auf der Berner Konferenz.

Auf der Berner Konferenz gab der Däne Borghsen eine Erklärung dahin ab, daß in Schleswig die Volksabstimmung für drei Gebiete besonders vorzunehmen sei:

1. für das geschlossene Sprachgebiet Nordschleswig,
2. für die südlich dieses Gebiets gelegenen, überwiegend dänisch sprechenden, bisher überwiegend deutsch gesinnten etwa 8—10 Gemeinden.
3. für die Stadt Flensburg, wenn mindestens ein Viertel der wahlfähigen Bevölkerung die Abstimmung verlangt.

Die Grenzen seien so zu ziehen, daß Enklaven ausgeschlossen sind. Die nationalen Minderheiten werden in beiden Staaten die gleichen nationalen Rechte erhalten. Die Volksabstimmung soll nach übereinstimmender Ansicht der deutschen und der dänischen Delegierten unter der Kontrolle des Völkerbundes oder, wenn der Völkerbund zur Zeit der Abstimmung noch nicht geschaffen sein sollte, unter der Kontrolle einer neutralen Kommission erfolgen.

Denn kam noch

die elsaß-lothringische Frage

zur Besprechung. Molkenbuhr teilte mit, daß die deutsche Sonderresolution zur elsaß-lothringischen Frage vor der Kenntnis der allgemeinen Resolution eingebracht worden sei. Nachdem die allgemeine Resolution aufgestellt sei, **zogen die deutschen Mehrheitssozialisten ihre Resolution zurück.** Redner teilte mit, daß man von der durch Grumbach vorgebrachten Agitationsreise Südekums nach Straßburg erst durch Grumbach selbst Kenntnis erhalten habe. Im Auftrage der Partei habe Südekum jedenfalls nicht gehandelt. Redner erklärt, sich dagegen wenden zu müssen, wenn von Grumbach die von den deutschen Militärbehörden geplante Ausweisung der elsässischen Bevölkerung als Grausamkeit, dagegen die Ausweisung von Tausenden von deutschen Familien durch französische Behörden als Humanität bezeichnet würde. Im Namen seiner Parteigenossen erkläre er, daß die deutschen Mehrheitsdelegierten die Resolution über die territorialen Fragen ohne Einschränkung annehmen. Die Resolution breche mit erheblichen Teilen des Völkerrechts und namentlich mit dem Rechte des Eroberers.

Die Einlösung der Markbeträge.

Die deutsche Regierung hat in Spaa erklären lassen, daß sie von der belgischen Regierung geeignete Maßnahmen verlange, durch die der Marknotenschmuggel vom neutralen Auslande nach Belgien verhindert wird. Die deutsche Regierung lehne es ab, alle nach Abschluß des Finanzabkommens in Belgien eingeführte Markbeträge einzulösen. Der Vorsitzende der belgischen Waffenstillstandskommission in Spaa erwiderte den deutschen Vertretern, daß die belgische Regierung sofort nach Uebernahme der Gewalt in Belgien einen Grenzüberwachungsdienst zur Verhinderung des Geldschmuggels eingerichtet habe. Die bisher aus dem belgischen Gebiet zurückgezogenen Markbeträge einschließlich der auf Grund des Waffenstillstandsvertrages vorgenommenen Zurückerstattungen in deutschen Banknoten belaufen sich auf nahezu 7 Milliarden Frank. Die belgische Regierung erkennt jedoch den Standpunkt der deutschen Regierung, nachträglich in Belgien eingeführte Marknoten nicht einzulösen, nicht an. Sie erklärt vielmehr, daß selbst wenn die von ihr getroffenen Maßregeln nicht alle Mißbräuche verhinderten, die deutsche Regierung, da sie in Belgien den Zwangskurs eingeführt hat, für alle mittelbaren und unmittelbaren Folgen dieser Maßnahmen einstehen müsse.

Personalveränderungen im Auswärtigen Amt.

Dr. Viktor Naumann, der dem Reiche während des Krieges in der auswärtigen Politik wertvolle Dienste geleistet hat, ist unter Verleihung des Titels eines Gesandten zum Direktor der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt ernannt worden.

Einen neuen Hilferuf

erläßt der Völkerbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. In ihm heißt es u. a.: Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist Sklaverei. Sklaverei ist Vergewaltigung der Menschheit und des Völkerrechts. Unauslöschlicher Haß ist die Frucht, die daraus erwachsen muß. Das deutsche Volk verlangt, daß die Gerechtigkeit, die Wilson der Welt verkündigt hat, auch ihm widerfahre. Das deutsche Volk wird niemals einen Frieden erdulden, der seine nationale Ehre mit Füßen tritt. Im Namen der Menschlichkeit wendet es sich an die Gewissen der Welt. Im Namen der Gerechtigkeit fordert es: Gebt uns unsere gefangenen Brüder wieder!

Die finanzielle Auseinandersetzung des sächsischen Staats mit der sächsischen Krone.

Die neue sächsische Regierung erkennt grundsätzlich die Entschädigungspflicht an die Krone an. Es braucht ja nur darauf hingewiesen zu werden, daß die Zivilliste und die Apanagen tatsächlich kein Geschenk des Volkes an die königliche Familie waren, sondern als Ablösung zu betrachten waren für dem Staate überlassenes Krongut. Der Staat muß jetzt z. B. allein die Kosten für die Unterhaltung der Landestheater aufbringen, die bisher der Krone zufielen. Das macht allein jährlich 1½ Millionen Mark aus. Außerdem verschlingt die Unterhaltung der Schlösser und Sammlungen sowie die Sorge für die Hofbeamten staatliche Summen staatlicher Gelder. Diese Erfahrung wird vielleicht zur Ernüchterung in gewissen Kreisen das ihrige beitragen.

Was geht in Nordschleswig vor?

Der Vorband „Hansia" der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg macht nachstehende Mitteilung: Gegenwärtig findet eine auffallend starke Einwanderung aus Dänemark nach Nordschleswig statt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich um Leute handelt, die nicht nur eine rege Werbetätigkeit für den Anschluß an Dänemark entwickeln, sondern die sicher auch an einer etwaigen Volksabstimmung teilnehmen wollen, um eine Mehrheit für die Losreißung von Deutschland zu erzielen. Für alle Deutschen, besonders aber für alle gebürtigen Schleswig-Holsteiner heißt es gegenüber solchen Wühlereien auf dem Posten sein.

Vom Auslande

Die schlecht gerüstete Friedenskonferenz.

Aus Paris melden amerikanische Journalisten: Mitten in der wichtigsten Debatte über die Kolonialfrage sah sich Lloyd George auf einmal gezwungen, den Ubrensaal am Quai d'Orsay wegen schlechter Luft zu verlassen, indem er sagte: „Ich glaube nicht, daß seit Ludwig XIV. hier gelüftet worden ist." Der Mangel an frischer Luft verursacht Schläfrigkeit, und viele Herren nickten während wichtiger Debatten ein.

Aus Stadt und Umgebung

Kommunalwahlen.

Nachdem wir bereits zweimal zur Wahlurne geschritten sind und das Vergnügen in diesem Jahre voraussichtlich noch öfters haben werden, gilt es in den nächsten Wochen sich für alle Gemeinden auf die für das eigene Geschick der Gemeinden vielleicht wichtigsten Wahlen zu rüsten: die Wahlen in die Gemeinde- bezw. Stadtvertretung. Namentlich im Hinblick auf die Schule sind die Kommunalwahlen von entscheidender Bedeutung. Sollte der Religionsunterricht in kirchlicher Form ganz wegfallen, so muß eine Entschädigung dafür gefordert werden. Und auch in Zukunft muß im Schulgebäude ein Raum zur Verfügung gestellt werden, in dem kirchlicher Religionsunterricht von freiwilligen Lehrkräften an freiwillige Schüler erteilt werden kann. Denn man kann doch billigerweise den Eltern nicht eine Doppelbesteuerung zumuten, die im Falle der Beteiligung des konfessionellen Religionsunterrichtes ihren Kindern noch weiter solchen zuteil werden lassen wollen. Wir wissen, daß ein großer Teil unserer Lehrerschaft gerne bereit ist, nach wie vor evangelischen Religionsunterricht zu erteilen, weil man sich das „Herzstück der Erziehung" nicht nehmen und nicht verwässern lassen will. Die Form mag sich wandeln, die Sache muß bleiben. Dazu kommt, daß sämtliche bürgerliche Parteien für den Religionsunterricht in der Schule eingetreten sind und auch aus sozialdemokratischen Kreisen, während die Parteileitungen zumeist geschwiegen haben, zahlreiche Mitglieder den Religionsunterricht für ihre Kinder nicht missen wollen. Aber dann gilt es bei den Kommunalwahlen solche Männer und Frauen in die Vertretung zu wählen, die Verständnis, Sinn und Geschick für die tiefsten Fragen der Seele und unseres Volkslebens haben.

Arbeitslose und Landarbeit!

Die Schwierigkeit, größere Massen der städtischen Arbeitslosen auf das Land zu bringen, ist, wie die Erfahrungen der Arbeitsnachweise zeitigen, nicht nur auf eine gewisse weit verbreitete Unlust zur Landarbeit, sondern auch auf eine gewisse Zurückhaltung der Landwirte zurückzuführen, die vielfach noch stark mit der Rückkehr polnischer Wanderarbeiter rechnen.

Demgegenüber kann nicht scharf genug betont werden, daß die Aussichten dafür äußerst gering sind und jeder Landwirt im eigenen Interesse jetzt mit ernstem Willen darangehen muß, seinen Betrieb auf die Verwendung deutscher Arbeiter einzurichten. Manche von den Landwirten, die sich entschlossen haben, es einmal ernstlich mit städtischen Arbeitern zu versuchen, haben gute Erfahrungen dabei gemacht. So berichtet ein Gutsbesitzer, daß er einen früheren Wirtschafter, sowie einen Dreher und einen Schlosser, die vorher bei Krupp tätig waren, eingestellt habe und mit diesen Leuten außerordentlich zufrieden sei. Voraussetzung ist natürlich dabei, daß auch die Arbeiter zufrieden sind, insbesondere mit Verpflegung und Unterkunft. Vor allen Dingen muß die Unterkunft so eingerichtet werden, daß sie den erhöhten Ansprüchen des bessergewöhnten städtischen Arbeiters entspricht, damit er nicht nach wenigen Tagen die Stelle wieder verläßt. Und wenn erst mal einige städtische Arbeiter sich auf dem Lande heimisch gemacht haben und wohlfühlen, wird auch bald ein größerer Zuzug aus der Stadt einsetzen.

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von **Friedrich Hey.**

52] (Nachdruck verboten.)

„Nicht im geringsten. Der Herr ist ein großer Kunstfreund. Zum wenigsten seine Familie. Wie ich dir bereits in München auseinander setzte!"

„Ach was! Hör' auf, Fritz! Unsinn!" rief Baumeier ärgerlich. „Uebermorgen gehe ich in Swinemünde auf den Dampfer und fahr' nach Haparanda."

„Tu' es nicht!"

„Schade um die schöne Zeit, die ich hier vertrödele. Unterdessen könnte ich auf der See die schönsten Skizzen machen," sagte Baumeier enttäuscht und niedergeschlagen.

„Skizzen hast du genug zu Hause, genug für ein ganzes Dutzend Bilder. Aber aufs Verkaufen kommt's an. Und im September kannst du noch genug See fahren. Gerade im September ist bekanntermaßen das Meer am interessantesten. Unterdessen garantiere ich dir, daß du deine „Versinkende Bark" an Hartigs los wirst — —"

„Blödsinn! Pure Luftschlösser! Garantien! Hahaha!"

„Jawohl, ich garantiere dir!" rief Fritz mit fast leidenschaftlicher Betonung. „Aber, nun sage mir einmal aufrichtig und in vollem Ernst: Was willst du für das Ding haben?"

Baumeier sah den Freund etwas mißtrauisch von der Seite an: „Na, du weißt es ja, 6000 Mark"

„I, Gustav, sei doch nicht spaßig. Das ist ja der Ausstellungspreis. Den zahlt, wie du neulich sehr schön und treffend sagtest, doch nur ein Rindvieh, ein ganz Dummer. Es gibt natürlich Ausnahmefälle — nun ja" — dabei richtete er sich in stolzem Selbstbewußtsein stramm —, „aber die sind selten, ganz selten; also sage mir: Für wieviel gibst du's her?"

Baumeier schwieg und drehte Trotzkügelchen.

„Na, mein lieber Gustav, sagen wir tausend Emmchen! Was?"

„Bei dir ist wohl etwas nicht richtig?"

„Alles in Ordnung. Sagen wir zwölfhundert!"

„Du bist gut! Hättest du deine „Dolomiten" dafür hingegeben?"

„Na, sofort, das weißt du ja!"

„Hm, deine Landschaft, aber mein Seestück ist mindestens zweitausend wert!"

„Liebster, was die Bilder wert sind, darauf kommt es leider Gottes nicht an, sondern darauf, was man dafür kriegt."

„Ich sehe gar nicht ein, was die ganze Rederei soll . . ."

„Aufgepaßt! Wenn du deine „Versinkende Bark" für zwölfhundert hingibst, so garantiere ich dir hiermit, daß sie binnen 8 Wochen verkauft ist. Willst du es schriftlich? Mein Wort darauf!"

Baumeier sah ihn ungläubig an. „Der alte Hartig? Unmöglich."

„Meine Sorge. Verlaß dich auf mich und folge mir. Also zwölfhundert! Ein schlagen!"

Gustav ergriff lachend die dargebotene Rechte. „Also, ich nehme dich beim Wort."

„Jawohl, kannst du! Und ich habe das deine, daß du mir folgst! Ja? Schön! Nun aber höre zu. Ich sagte dir ja schon: So einer wie Hartig hängt sich nicht mir nichts, dir nichts das erste beste Bild in den Salon, das ihm entgegenkommen wird. Der ist nicht einer von den seltenen Mäzenen und Kunstverständigen, die" — und hier nahm er wieder Pose an — „die sich in der Ausstellung auf den ersten Blick in ein Bild verlieben und es durchaus haben müssen. Nee, da müssen noch andere Dinge mitspielen: eine vertraute Bekanntschaft mit dem Künstler, liebe, persönliche Erinnerungen und sonstige individuelle Noten. Und Hartig selber versteht von Kunst nicht viel. Die Schwärmerei dafür liegt bei seinen Damen. Namentlich bei Fräulein Melitschen. Die ist des alten Herrn Schoßkind und hat ihn in der Tasche. Also bei dieser mußt du dich beliebt machen, mußt ihr unaufhörlich die Cour schneiden."

„Herrgott, ich soll Melitschen wohl gar noch heiraten?"

„Nein, das sollst du nicht! Heiraten, wo du jetzt am Beginn deines Ruhmes stehst!"

„Na, Gott sei Dank!"

„Aber so'n bißchen Sommerfrischenflirt, weißt du? Das ist da beliebt! Künstler sind etwas Apartes, werden vorgezogen — und du bist doch von jeher ein Tausendsapperloter gewesen, kannst dich riesig interessant machen bei den Damen — und so weiter! — Kellner! Eine Henkel trocken! Ja, siehst du, die Mama mußt du auch ein bißchen bevorzugen. Paß auf, Gustsuchen, die Sache wird großartig! So'n paar Malerbuben wie wir zwei bringen sie fertig. Für die Spesen laß mich sorgen. Ruhig! Im Norden bist du mein Gast, reisefive der meiner Eltern. Stille bist! Na ja, dann gibst du mir es später wieder. Zunächst also müssen wir wissen, wo die Leute wohnen, wo sie ihren Strandkorb haben und was für Pläne sie hegen!"

„Hartig sagte, er wolle vier Wochen in Bansin bleiben."

„Siehst du, das ist ja prächtig! Morgen ziehen wir auf Kundschaft aus. Du fragst auf dem Meldeamt nach. Aber diskret, verstanden? Uebrigens, ich werde mich anfänglich mehr im Hintergrunde halten. Der Papa Hartig ist 'n bißchen mißtrauisch. Er könnte sich denken, mir läge etwas an der Sache. Verstanden?"

„Gegen mich war er ganz nett."

„Na also. Sehr gut! Du gehst zuerst vor. Du machst ja per Zufall die Bekanntschaft von Melitschen und Mama —"

„Hat er nicht noch eine Tochter?"

„Na ja, aber die kommt für dich nicht in Betracht. Einfach, still, häuslich. Aber die kann ich dir ja ab und zu mal abnehmen und beschäftigen. Also, ich bleibe erst ein bischen zurück. Erst später erzähle ich der Mama und den Mädeln so beiläufig mal von deinem riesigen Talent, von deiner epochemachenden „Versinkenden Bark" und so weiter. Na prosit, mein Gustav! Auf daß alles gut gelinge!"

„Prosit!"

Daß alles nicht so glatt ging, wie Fritz Dassel, der Schlaumeier, hoffte, wird das folgende zeigen.

Der Geheime Rat hatte den Zug nach Swinemünde gerade noch erreicht. Er war hineingesprungen wie ein gehetztes Wild. Bansin wollte er in seinem Leben nicht wiedersehen. In Swinemünde eilte er an den Strand. Aber die Aufregung ließ ihn auch da nicht los. Kein Gedanke, sich hier niederzulassen. Auch in Zinnowitz nicht. Konnte der falsche Bursche, der Dassel, nicht an der ganzen Ostsee auftauchen? Und wo der Junge ist, werden die Eltern, kurz, die ganze Dasselei, noch auftauchen. Entsetzlich! Diese Menschen machten ihm schon in Berlin das Leben zur Bitternis — sein Glück der Ferien bestand zum guten Teile darin, nichts von der Nachbarschaft zu hören und zu sehen.

Nach fünf Uhr fuhr er mit dem Schnellzuge wieder heim. Er hatte nichts zu lesen, und die Fahrt kam ihm entsetzlich lang und trostlos vor. Mut und Niedergeschlagenheit wechselten beständig in ihm ab. Immer mußte er an den jungen Dassel denken, der wie ein schauriges Rätsel seit acht Tagen ihn bedrohte. Hatte er nicht schon am Alten genug? Nun kommt noch der Filius hinzu. Ein unverschämter Bengel sondergleichen. Wie unbescheiden und kordial er ihn begrüßt hatte! Als sei nie etwas vorgefallen zwischen den Familien. Anstatt bescheiden und taktvoll das Peinliche des Zusammentreffens zu empfinden, redete er ihn, den älteren Herrn, dreist und frech an, und nannte ihn einfach „Herr Regierungsrat".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190211-10/fragment/page=0005

Kein Arbeitskammergesetz.

Die Dresdener Nachricht, daß von Reichs wegen beabsichtigt werde, einen Gesetzentwurf über Einführung von Arbeitskammern vorzulegen, entspricht nicht den Tatsachen. Es scheint eine Verwechslung mit landesgesetzlichen Absichten vorzuliegen.

Versammlungen.

Am Sonnabend, den 8. Februar fand im „Alten Dessauer" die erste Vierteljahrsversammlung des Merseburger Landwehrvereins statt. Herr Landrat von Wilmowski, der zum ersten Male wieder die Versammlung leitete, begrüßte die Mitglieder und besonders die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden. Er gedachte mit warmen Worten der Gefallenen, zu deren Ehren sich die Kameraden von ihren Plätzen erhoben. Trübe sehe es im deutschen Vaterlande aus, innen wie außen, aber trotzdem müsse man sich zwingen zu einer bessere Zukunft zu glauben. Zu dieser Hoffnung berechtige vor allem der Umstand, daß im Gegensatz zu Rußland bei uns ein großer Teil der Arbeiterschaft zusammen mit der Bürgerschaft die Regierung in dem Bestreben, Ruhe und Ordnung zu schaffen, unterstütze.

Die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Debatte erledigt. Kamerad Fischer legte sein Amt als stellvertr. Direktor nieder, an seiner Stelle wurde Kamerad Tänzer gewählt. Es wurde beschlossen im Vereinslokal eine Ehrentafel mit den Namen der gefallenen Kameraden aufzuhängen, außerdem soll in den beiden Merseburger Blättern ein Nachruf veröffentlicht werden. Zum Schluß kam die Sprache auf die Unzufriedenheit, die, zum Teil nicht unberechtigt, in den Reihen der Kriegsbeschädigten herrsche. Herr Tänzer wies darauf hin, daß es nicht jedermanns Sache sei, sich als Bittender an die bestehenden Fürsorgestellen zu wenden. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Kriegervereine sich in diskreter Weise nach den Verhältnissen der Kriegsbeschädigten zu erkundigen und in taktvoller Weise einzugreifen, wo es nötig sei. Die Anregung wurde beifällig aufgenommen. Mit einem Hoch auf die Kriegervereine wurde der offizielle Teil geschlossen.

* * *

Stadttheater Halle.

„Dies irae."

Eine Tragödie in fünf Akten von Anton Wildgans.

Am Sonnabend gab es im Hallischen Stadttheater eine Uraufführung. Es wurde zum ersten Male, überhaupt zum ersten Male in Reichsdeutschland, dieses Stück eines ganz modernen österreichischen Dramatikers aufgeführt, der durch seine bisherigen Werke auf der einen Seite Zustimmung, andererseits aber auch heftigen Widerspruch gefunden hat. Im Jahre 1915 wurde sein Schauspiel „Armut" mit dem Wiener Volkstheaterpreis und dem Raimundpreis gekrönt. Diesem ersten kräftigen Wurf auf dramatischem Gebiete folgte die Tragödie „Liebe." Nun haben wir als drittes Drama desselben Autors die Tragödie „Dies irae". Der Dichter sinnt ernst und schwer über die Räthsel nach, die im irdischen Dasein sich aus den Beziehungen der Menschen zu einander und dieser wieder zu den Realitäten allen Geschehens ergeben. Er läßt seinen jungen Helden, den Sohn der Fallmar-Eheleute, verzweifeln an den Widersprüchen, die sich seinem grübelnden Hirn aus dem Verhältnis seines Vaters zu seiner Mutter und seiner eigenen Stellung zu beiden ergeben. Uns will es scheinen, als ob dieser junge Mann, der doch erst noch ein Lernender ist, wenig Wirklichkeit an sich hat. Der Mensch, den Wildgans da schildert, ist krank; er leidet, wie die meisten andern im Stücke vorkommenden Personen. Selbst der einzige, möchte man fast sagen, kräftvolle Charakter, der radikale Rabanier, weist manche Spuren quälender Schwermut auf. Rechte Befriedigung löst das Stück nicht aus. Der Geist tötet die Materie. Wir begreifen wohl, daß der Dichter sich auf eigene Weise mit den Unzulänglichkeiten des Lebens abzufinden sucht. Aber er quält sich über alle Maßen, und er quält damit auch sicherlich viele, die ihn hören.

Die Aufführung im Hallischen Stadttheater war vorzüglich. Künstlerisch fein waren vor allem die Bühnenbilder, die Oberspielleiter Modes herausgebracht hatte. Wie überraschend wahr wirkte z. B. die Dachbodenwohnung im dritten Akt. Die beiden Hauptpersonen des Stücks, der Sohn des Fallmarschen Ehepaares und der junge Rabanier, wurden durch die Herren Kurt Wilde und Direktor Leopold Sachse dargestellt. Beide wurden ihren schweren Aufgaben, die Stimmung dieser beiden gegensätzlichen Jugendcharaktere, die im Grunde genommen doch wieder manche Berührungspunkte haben, in ihrer gewaltigen vielseitigen Wechselwirkung verständlich zu machen, durchaus gerecht. Eine ganz respektable Leistung bot Frl. Helene Achterberg als Elisabeth Fallmar. Sie wußte die Frau des Dr. Fallmar, eben die Mutter des jungen Grüblers und Zweiflers, in ihrer ganzen ehelichen und mütterlichen Tragik meisterhaft zu schildern. Die rührende Figur der Kohl, einer im Hause der Fallmar lebenden jungen Verwandten, die eng verstrickt wird in die düstere Tragik des Geschehens, fand bei Frl. Michael eine gute Stütze, ebenso wie auch Frl. Grawi dem Mädchen, genannt Taube, der Freundin des reifen und ruhelosen Rabanier, echte Farbe zu geben verstand. Auch die Episodenfiguren wurden recht wirksam dargestellt. So war dieser Theaterabend in zweierlei Hinsicht immerhin ein Ereignis: es war die Uraufführung eines Dramas, das, wenn es auch Widerspruch finden wird, doch auf Beachtung Anspruch machen kann und wird. Sodann mußte die Vorstellung mustergiltig genannt werden. Der Beifall, der die Künstler wiederholt rief, war stark und berechtigt. ep.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Goldene Hochzeit.

Zitzschen, 10. Februar. Das seltene Fest der goldenen Hochzeit feierten die Karl Thatscherschen Eheleute in körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Der Jubelgreis ist 80, seine Ehegattin 74 Jahre alt. Reiche Geschenke und Blumenspenden zeugten von der herzlichen Anteilnahme der Gemeinde an der Feier.

Mehlschiebung.

Schkeuditz, 10. Februar. Eine Mehlschiebung ist man hier auf die Spur gekommen. Nach einer aus Gröbers hier eingegangenen Mitteilung sollte sich in einem Bahnwagen, der mit Brettern beladen war und aus Bayern kam, Mehl befinden. Bei der Untersuchung des Wagens fand man in den Brettern eine Höhle, die allem Anschein nach das wertvolle Gut dem Auge verdeckt hatte, aber Mehl selbst war nicht mehr vorhanden. Polizei und Soldatenrat machten sich auf die Suche und fanden in einem Keller des Hauses Bahnhofstr. 50a 3½ Zentner Mehl von schöner, weißer Beschaffenheit. Eine große Kiste enthielt Säcke. Die Untersuchung ist noch im Gange, eigenartig ist auch, daß die Wagenladung Bretter erst nach Gröbers und dann nach Bahnhof Schkeuditz geleitet wurde.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Glesien, 10. Februar. Für den Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen haben Oberinspektor Brodmann und seine unermüdlichen Helfer und Helferinnen in Glesien, Werlitzsch, Benditz, Wiedemar, Kölsa, Schweditz, Radwitz, Wiedenena, Rabutz und Emmeritz innerhalb der letzten 8 Tage im Kreise Delitzsch über 1800 Mitglieder geworben. Der Volksbund wird in Anerkennung dessen am Sonntag, den 16. Februar, im Gasthof zu Glesien eine große allgemeine Kundgebung zu Gunsten unserer kriegsgefangenen deutschen Landsleute unter Leitung seines Vorsitzenden veranstalten. Es werden dabei auch einige ehemalige Kriegsgefangene aus unserer engeren Heimat über ihre Erlebnisse in sibirischer, russischer, englischer und französischer Kriegsgefangenschaft berichten.

Aus Provinz und Reich

15 Einbrecher in Magdeburg verhaftet.

Magdeburg, 10. Februar. Die strengen Maßnahmen der Behörden haben den nächtlichen Skandalen und Schießereien vorläufig ein Ende gemacht. Von den bestehlen schweren Verbrechern sind 21 wieder verhaftet worden. In einer der letzten Nächte gelang es, fünfzehn Einbrecher auf frischer Tat zu ertappen und der Polizei zuzuführen.

Die große Wohnungsnot.

Dessau, 10. Februar. Auch in Dessau ist die Wohnungsnot sehr groß, so daß am 1. April voraussichtlich mindestens 60 Familien ohne Obdach sein werden. Der Magistrat hat versucht, durch Neubauten Abhilfe zu schaffen, doch nur mit geringem Erfolge. Jetzt sind mit der Intendantur des 4. Korps Verhandlungen im Gange, um Kasernenräume als Wohnungen zu bekommen.

Kohlenserien.

Bernburg, 8. Februar. Die beiden hiesigen Gymnasien sind wegen Kohlenmangels geschlossen worden.

Festnahme eines Frauenmörders.

Rudolstadt, 8. Februar. Ins hiesige Landgerichtsgefängnis gebracht wurde der Landwirt Sippach aus Schwiedehausen bei Coburg, der zweimal heiratete und im Verdacht steht, seine beiden Frauen ermordet zu haben. Beide Frauen hatte Sippach hoch versichert.

Stoffe im Werte von mehreren 100 000 Mark gestohlen.

Breslau, 10. Februar. Bei einer Konfektionsfirma im Hause Hausvogteiplatz 11 haben Einbrecher das wertvollste Warenmaterial an Stoffen und Seide gestraubt, wobei sie eine gute Kenntnisschaft an den Tag legten. Als sie sich mit der einen Wert von mehreren 100 000 Mk. darstellenden Beute entfernten, sperrten sie den Nachtposten und den Heizer in der Heizungsanlage, wo sie gerade arbeiteten, ein, um sich vor Verfolgung zu schützen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Schweres Explosionsunglück.

Northeim, 10. Februar. Ein schweres Explosionsunglück hat sich auf der Strecke von hier nach Malkten ereignet. Durch Sprengstücke einer beim Umladen explodierenden Handgranate wurden ein Feldwebel und zwei Landsturmleute lebensgefährlich verletzt.

Frecher Raub.

Bonn, 10. Februar. In Beuel bei Bonn drangen mittags drei Männer, darunter eine in britischer Soldatenuniform, in die Zweigstelle der Kreissparkasse ein, bedrohten die drei Kassenbeamten mit Revolvern, fesselten sie und raubten den Bestand der Kasse mit 108 000 Mk. Die Räuber entkamen.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Folgende Vertretungen unserer Zeitung nehmen

Anzeigen und Bestellungen

entgegen.

Dürrenberg: Kaufmann Strümpel.
Lützen: Kaufmann Heinichen.
Schladebach: Kaufmann Heinze.

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Der am 5. d. Mts. abgehaltene Kreistag hat Herrn Rechtsanwalt Dr. Rademacher hierselbst zum Kreisjunditus bestellt.

Merseburg, den 6. Febr. 1919.

Der Landrat.
Frhr. von Wilmowski.

Bekanntmachung über Wochenfettmenge.

Die Fettmenge für die Woche vom 9. bis 15. Februar 1919 wird hiermit für Merseburg-Land auf alle gewöhnlichen Fettmarken auf

40 Gramm

auf alle Zusatzfettmarken auf

59 Gramm

festgesetzt.

Merseburg, den 6. Febr. 1919.

Der Landrat.
Frhr. von Wilmowski.

Ausgabe von Butter am Sonnabend, den 15. Februar 1919.

Es werden zugeteilt: 45 g Butter auf jede Stadtfettmarke zum Preise von 61 Pfg. und auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Aufdruck K. S u. G.) 50 g Butter zum Preise von 67 Pfg. I. A. II. 425/19.

Merseburg, den 8. Febr. 1919.

Das städt. Lebensmittelamt.

Der Termin zur öffentlichen meistbietend. Verpachtung der **Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk d. Gemeinde Milzau** ist auf **Dienstag, den 25. Februar 1919, nachmittags 2 Uhr,** im Gasthause festgesetzt.

Milzau, den 9. Febr. 1919.

Der Jagdvorsteher. Hoffmann.

Jagdverpachtung

Der Termin zur öffentlichen meistbietenden Verpachtung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Gemeinde Meuschau ist auf **Donnerstag, den 20. Febr. 1919, nachmittags 4 Uhr,** im Schmidtschen Gasthaus festgesetzt.

Meuschau, den 6 Febr. 1919.

Der Jagdvorsteher.
Schlegel.

Aufgebot.

Der Barbier Wenzel Weber in Wolfen, Leipzigerstraße 64 hat das Aufgebot folgender ihm angeblich gestohlener Sparkassenbücher:

a) Nr. 26527 der Sparkasse des Bitterfelder Kreises über 3997,12 ℳ,
b) Nr. 4445 der hiesigen Stadt-Sparkasse über 3 57,74 ℳ — beide für Wenzel Weber in Wolfen —,
c) der Sparkasse des Bitterfelder Kreises Nr. 31408 und Nr. 31409, über den Betrag von je 1641,18 ℳ für die minderjährigen Walter und Elisabeth Geschwister Weber in Wolfen,
d) Nr. 4625 der hiesigen Stadt-Sparkasse über 41,85 ℳ für den Barbierlehrling Paul Kälbel in Wolfen

beantragt. Die Inhaber dieser Bücher werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 5. Juni 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Zimmer Nr 19 anberaumten Aufgebots-Termine ihre Rechte anzumelden und die Sparkassenbücher vorzulegen, widrigenfalls deren Kraftloserklärung erfolgen wird.

Bitterfeld, den 30. Jan. 1919.

Das Amtsgericht

Jagd-Verpachtung.

Sonnabend, den 1. März 1919, nachmittags 4 Uhr soll im Gasthaus zu Maßlau die Jagdnutzung im Gemeindebezirk Maßlau bei Schkeuditz auf die Zeit vom 1. Juni 1919 bis 31 Mai 1925, unter den im Termin bekanntgegebenen Bedingungen, und mit Vorbehalt, der Auswahl unter den Bietenden und Ablehnung sämmtlicher abgegebenen Gebote öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Maßlau, d. 6. Februar 1919.

Der Jagdvorsteher.
Beyer

Gute russische Fettseife,

auch zum Wiederverkauf geeignet, 6 Stück einschl. Porto 15,50 ℳ.

H. Kluge, Chemnitz, i. S.
Zietenstraße 19

Große Auswahl! — **Karl Tänzer** — Solide Qualität!

Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft für

Damen- u. Kinder-Wäsche

Schürzen aller Art

Vollständige Wäsche-Ausstattungen.

Entenplan No. 7. — **Merseburg** — Entenplan No. 7.

Aufmerksame Bedienung! — Fernsprecher 259. — Mäßige Preise!

HOLZSCHUHE

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den gangbarsten Männer- und Frauengrößen 1.90 Mk. pro Paar. Höchstverkaufspreis 7.35 Mk. pro Paar. Mustersendung (große Bahnsendung, sortiert in den gangbarsten Größen Herren- und Frauenschuhen), zu 75 — Mk. franko nur gegen vorherige Einsendung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. — Um genaue Adresse und für Bahnsendungen Angabe der Güterstation wird gebeten. — Garantie für gute Ankunft. — Versand gestattet.

Holzschuh-Fabrik Mimbach (Rheinpfalz).

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 11. Februar 1919 bei Hoffmann, Brühl Nr. 6

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 301— 400
" " 3—4 " " " " " 401— 500
" " 4—5 " " " " " 501— 600

bei Naundorf, Obere Breitestraße 4

nachm. von 1—2 Uhr auf die Ordnungsnummern 601— 700
" " 2—3 " " " " " 701— 800
" " 3—4 " " " " " 801— 900

bei Möbius, Tiefer Keller Nr. 1

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 901—1000
" " 3—4 " " " " " 1001—1100
" " 4—5 " " " " " 1101—1200

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 10. Februar 1919.

L.-A. I. 160/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Gutsverkauf.

Ein Gut mit 340 Morgen Acker und Wiesen, zwischen Leipzig und Delitzsch, guter Bodenbeschaffenheit ist sofort bei günstigen Bedingungen zu verkaufen; es können davon 2 Güter gemacht werden, da genügend Gebäude vorhanden sind.

Nur schriftliche Offerten an **Alb. Franke, Merseburg** Halleschestraße 27, erbeten.

Ausprobiert gute Straßen-Besen,

elastisch haltbarer als Piassava, naß und trocken verwendbar, à Stück 5,60 ℳ, bei

Otto Renner, Markt 18,
Fernsprecher 509.

Zwei junge Herren

20 Jahre, mittl. Fig., wünschen mit jungen Damen in Briefwechsel zu treten, zwecks spät.

Heirat

mit Vermögen und Bild. Offerten unter „B. S. 65" postlagernd Leuna-Werk bei Merseburg.

Projektions- od. Nebelbilder-Apparat

nebst Zubehör zu kaufen gef. Offerten an „Hotel Goldene Sonne", Merseburg.

Chaiselongue

sehr gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offert. unt. „Chaiselongue 58" an die Exped. dies. Zeitung erbeten.

Auf dem Wege von Oberbeuna und Großgräfendorf nach Beuna über Geusa ein

schwarzer Velourhut

mit weißer Schnur verloren gegangen. Gegen gute Belohnung abzugeben

Oberbeuna Nr. 12.

II. Schnee Nachfl.

Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Trikotagen

Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Zur unterrichtlichen Einführung in die leicht zu erlernende Hilfssprache

„Esperanto"

hält sich immer noch bereit

Georg Rettelbusch,
Gymnasiallehrer a. D.,
Unterattenburg 41.

Möbl. 2 Zimmerwohnung

möglichst mit Bad, zu sofort gesucht.

v. Rohr, Reg.-Referendar, Müllers Hotel.

Möbliertes Zimmer

wenn möglich mit Kost, von anständ. Herrn sofort gesucht. Angebote erbeten unter **H. S. 57** an die Expedition der Zeitung.

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getraut: Der Zimmermann Johann Theisen m. Frau Adelheide Hagen geb. Brandau; der Dreher Hermann Müller m. Frau Martha geb. Haring. — Beerdigt: Die Witwe Wilhelmine Waschau geb. Künzel; die Tochter des Handelsgärtners Willi Artus.

Stadt. Getraut: Der Elektromonteur F. Heidkamp mit Jungf. E. Schwendler; der Bäcker H. Hagemeyer m. Jungf. E. Wiemann. — Beerdigt: Frl. Schröder, der Privatmann Holland, die Ww. Schneider, die Ww. Becker.

Attenburg. Getauft: Hans Karl Marg, S. des Bautechnikers Lömmer; Erika Elise Anna, T. des Bergmanns Hennig.

Neumarkt. Getauft: Luise Helene, Tochter des Bäckermeisters Jukoff; Gertrud Elisabeth, Tochter des Studienreferendars Schröder; Wilhelm Heinz, Sohn des Schuhmachers Gebhardt; Eduard Franz, ein unehel. Sohn, Hildegard Alise, eine unehel. Tochter. — Getraut: Der Glaser Franz Witter mit Frau Lina Helene geb. Raspe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190211-10/fragment/page=0006